

lvb:inform

Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland



- **Einladung zur Delegierten- und Mitgliederversammlung vom 13. September 2017**
Coop Tagungszentrum, Muttenz, 19.30 Uhr
- **Die Zeichen stehen auf Sturm**
Vom Kampf gegen immer schlechtere Anstellungsbedingungen
- **Die Digitalisierung der Baselbieter Schulen**
Große Herausforderungen und offene Fragen
- **Mein Freund Nik**
Erinnerungen an einen aussergewöhnlichen Lehrer

Editorial 1

La débâcle de l'école – 10 Jahre danach



Liebe Leserin
Lieber Leser

Im Jahr 2007 erschien ein aussergewöhnliches Buch: «La débâcle de l'école – une tragédie incomprise» von Laurent Lafforgue. Dass ein Wissenschaftler von Weltrang – Lafforgue ist Träger der Fields-Medaille, einer Art Nobelpreis für Mathematik – im Verbund mit weiteren Geistesgrössen ein 250-seitiges Werk über Fehlentwicklungen im Schulwesen verfasst, ist keine Alltäglichkeit. Verblüffend ist, wie das, was die Autoren damals über die Schulen Frankreichs geschrieben haben, heute den Kern nahezu aller bildungspolitischen und pädagogischen Debatten hierzulande bildet. Überzeugen Sie sich selbst anhand der folgenden Beispiele:

Zur Verteufelung instruktiven Unterrichts und der Überhöhung autonomen Lernens: «Der Konstruktivismus hat sich zu einem der mächtigsten Faktoren in der Zerstörung der Schule entwickelt, seit er es geschafft hat, jede Art von Frontalunterricht zu verbieten, der als «dogmatisch» hingestellt wurde, und ihn durch eine Praxis zu ersetzen, die vorgibt, nur auf autonomes, forschendes und individuelles

Lernen zu setzen. [...] Wenn die Lehrer den Doktrinen der Lehrerbildungseinrichtungen folgen, werden die Schüler mit komplexen Texten konfrontiert, an denen sie die grammatischen Regeln entdecken sollen. Als Folge davon gibt es zwei Kategorien von Schülern: diejenigen, deren Eltern die Regeln kennen und sie ihnen erklären, und andere, die verloren sind [...].»

Vom liederlichen Umgang mit der Kulturtechnik Schreiben: «In Französisch [...], wo die alten Programme [...] forderten, die Konjugationen zu lernen, «laden die neuen Programme dazu ein, die Veränderungen in der Verbalform zu beobachten.» Das Ergebnis liegt auf der Hand: Selbst in den höheren Schulen meistert die überwiegende Mehrheit der Schüler die Konjugation [...] nicht mehr. Das Gleiche gilt für die Rechtschreibung [...].»

Über die Output-Orientierung und standardisierte Checks: «Der Wunsch, den Unterricht der wissenschaftlichen Methode zu unterwerfen, führt dazu, die Inhalte auf das exklusive Lernen mechanischer Verfahren und auf standardisierte Tests zu reduzieren, deren Korrektur automatisiert werden kann. Diese Haltung stützt sich [...] auf eine Vorstellung vom Menschen als Maschine. [...] Aber der Schüler, den es anzuregen und geistig zu formen gilt, [...] ist ein menschliches Wesen.»

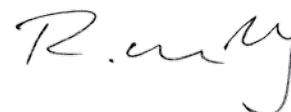
Von untauglichen Lehrmitteln und Verstößen gegen basale didaktische Prinzipien: «Wenn es wenigstens gute, reichhaltige, gut strukturierte und anregende Bücher gäbe [...]. Im Unterricht sollen sich die Kinder Schritt für Schritt Wissen über die Welt aneignen, das bereits ausgearbeitet ist und über das der Lehrer verfügt. [...] Wenn man [...] die aufbauende Struktur [...] in Frage stellt und sich weigert, vom Einfachen und Elementaren zum Komplexeren voranzuschreiten, [...] kann

sich ein gesundes Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern nicht einstellen. Damit wird ein [...] rationaler Zugang zum Unterricht versperrt [...].»

Überaus spannend zu lesen ist, wie Lafforgue vor den Konsequenzen der anwachsenden Dominanz der sogenannten «Bildungswissenschaften» über die Berufspraxis warnte: «Weil sie sich als «wissenschaftlich» ausgegeben haben, konnten sie die traditionellen Unterrichtsmethoden diskreditieren, sie als blosses Handwerk denunzieren und die alten Lehrerbildner aus den Lehrerbildungseinrichtungen verjagen, deren Know-how verloren gegangen ist.» Lafforgue beschrieb die Gefahr, wonach viele Lehrkräfte «sich einer so erhabenen Autorität anschliessen werden, selbst wenn die Handlungsanweisungen, die man ihnen gibt, ihren Erfahrungen widersprechen.»

Wenn ich mir zum neuen Schuljahr etwas wünschen darf, dann einen selbstbewussten Berufsstand, der seine – durchaus heterogenen – Überzeugungen mit Scharfsinn und Verve vertritt. Sollte es so etwas wie «evidenzbasierte Bildungsforschung» geben, dann wird sie von uns Lehrkräften geleistet. Es besteht kein Anlass, langjährige, erfolgreiche Berufserfahrung jeder noch so ominösen «Expertenmeinung» gegenüber klein zu reden. Wer allerdings gesunkenen Hauptes durchs (Berufs-)Leben geht, dem kann schließlich auf Augenhöhe begegnet werden.

Freundliche Grüsse



Roger von Wartburg
Präsident

Editorial 2

Lügen, gemeine Lügen, Bullshit



Liebe Leserin
Lieber Leser

In meiner Arbeit als Interessenvertreter der Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer sehe ich mich regelmässig von verschiedener Seite mit Aussagen konfrontiert, deren Zweck weit davon entfernt ist, Tatsachen neutral und korrekt abzubilden. Mit anderen Worten: Ich stosse auf Lügen, und zwar in aller Regel auf gemeine Lügen, sowie auf jede Menge Bullshit.

Was ist denn nun der Unterschied zwischen einer «herkömmlichen» und einer «gemeinen» Lüge? Herkömmliche Lügen sind Aussagen, von denen derjenige, der sie trifft, genau weiss, dass sie schlicht und einfach falsch sind. Dementsprechend ist es in aller Regel nur eine Frage der Zeit, bis herkömmliche Lügen aufgedeckt werden. Die Peinlichkeit, beim Lügen ertappt zu werden, ist so gross, dass auch in der Politik weitgehend auf herkömmliche Lügen verzichtet wird. Umso grösserer Beliebtheit erfreuen sich dafür die gemeine Lüge und der Bullshit.

Gemeine Lügen sind Aussagen, die wörtlich und für sich genommen wahr sind, durch Ausblenden des grösseren

Zusammenhangs jedoch etwas Falsches suggerieren. So wird der Bevölkerung vonseiten bestimmter Politiker beispielsweise immer wieder «aufgezeigt», dass die in der Privatwirtschaft arbeitenden Menschen nicht nur ihre jeweils eigene Pensionskasse, sondern auch noch diejenige der Staatsangestellten mit ihrem Geld sanieren müssen, was natürlich zielsicher den Eindruck erweckt, Staatsangestellte seien Schmarotzer und die Sanierung einer öffentlichen Pensionskasse mit Steuergeldern eine himmelschreiende Ungerechtigkeit.

Die Gemeinheit der Lüge besteht darin, dass die falsche Information zwar nicht explizit ausgesprochen, dem Empfänger der Botschaft aber dennoch implizit übermittelt wird. In der vorliegenden Angelegenheit besteht die Lüge in der Suggestion, nur die öffentlichen Pensionskassen würden von den Steuerzahlern (und somit von der gesamten Bevölkerung) saniert. Tatsache ist jedoch, dass auch die Pensionskassensanierungen privater Unternehmen von der Allgemeinheit berappt werden: über Produkt- und Medikamentenpreise, Krankenkassen- und Versicherungsprämien, Gebühren oder weitere Kosten.

«Bullshit» wurde vom amerikanischen Philosophen Harry Frankfurt als eine Aussage definiert, deren Wahrheitsgehalt für denjenigen, der sie macht, völlig irrelevant ist, da es ihm nur um die mit der Aussage zu erzielende Wirkung geht. Von einer gemeinen Lüge unterscheidet sich Bullshit also hauptsächlich dadurch, dass derjenige, der Bullshit verbreitet, zwar nicht vorsätzlich lügt, eine allfällige Lüge aber grobfärlässig in Kauf nimmt, sofern es seinen Zielen dient.

Bullshit ist beispielsweise der Titel der Initiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat», über die wir

am 24. September abstimmen. Inwiefern diese Initiative den Staatsapparat effizienter und flexibler machen soll, wissen vermutlich nicht einmal die Initianten selbst. Sollte die Initiative allerdings angenommen werden, droht die Gefahr, dass unredliche Vorgesetzte Ihnen künftig deutlich zu verstehen geben werden, welche Schülerinnen und Schüler keinesfalls an Ihren Unterrichtsanforderungen scheitern dürfen.

Unterstützen Sie die Kampagne der Arbeitsgemeinschaft Baselbieter Personalverbände (ABP), deren mitgliederstärkster Verein der LVB ist, gegen diese Initiative, indem Sie Ihr persönliches Umfeld darauf hinweisen, welcher Bullshit der Stimmbevölkerung hier vorgesetzt wird! Dadurch schützen Sie nicht zuletzt auch sich selbst vor Druckversuchen einflussreicher Eltern, welche eine faire schulische Bewertung und Beurteilung unterwandern und einer neofeudalistischen Günstlingswirtschaft Vorschub leisten.

Freundliche Grüsse

M. Weiss

Michael Weiss
Geschäftsführer und Vizepräsident

Wir fördern Ihre Kinder - Lassen Sie uns nicht sitzen!



24. September

NEIN zu willkürlichen Kündigungen !



NEIN zur Initiative „Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat“ !

Inhalt



Impressum

lvb.inform 2017/18-01
 Auflage 2900
 Erscheint 4-5-mal jährlich

Herausgeber

Lehrerinnen- und Lehrerverein
 Basel und LVB
 4133 Pratteln
 Kantonalsektion des Dachverbands
 Lehrerinnen und Lehrer Schweiz
 LCH
 Website: www.lvb.ch

Redaktion

LVB-Geschäftsstelle per Adresse
 Michael Weiss
 Sonnenweg 4, 4133 Pratteln
 Tel 061 973 97 07
 michael.weiss@lvb.ch

Abonnement

Für Mitglieder des LVB ist das
 Abonnement von lvb.inform im
 Verbandsbeitrag enthalten.

Layout

Schmutz & Pfister, Grafik und Design
www.schmutz-pfister.ch

Gestaltung, Textumbruch

Philipp Loretz

Lektorat

Roger von Wartburg

Druck

Schaub Medien AG, 4450 Sissach

Titelbild: Fotolia

- 2 **Editorial 1: La débâcle de l'école – 10 Jahre danach**
 Von Roger von Wartburg
- 3 **Editorial 2: Lügen, gemeine Lügen, Bullshit**
 Von Michael Weiss
- 5 **Inhalt/Impressum**
- 6 **Einladung zur DV/MV vom 13. September 2017**
- 7 **Protokoll der DV/MV vom 22. März 2017**
 Von Gabriele Zückert
- 12 **LVB-Jahresrechnung 2016/2017 und Bericht der Revisionsstelle**
 Von Michael Weiss
- 15 **Perlenfischen**
weitere Perlen auf S. 30, 31 und 35
 Von Roger von Wartburg
- 16 **Die Zeichen stehen auf Sturm**
Vom Kampf gegen immer schlechtere Anstellungsbedingungen
 Von Michael Weiss
- 24 **Die Digitalisierung der Baselbieter Schulen**
Grosse Herausforderungen und offene Fragen
 Von Philipp Loretz
- 32 **Mein Freund Nik**
Erinnerungen an den besten Lehrer, den ich hatte
 Von Roger von Wartburg
- 36 **Steigende Prämien widerspiegeln die steigenden**
Gesundheitskosten
- 38 **Berichte von Pensioniertenanlässen**
- 40 **LVB-Informationen**
- 47 **Das Schwarze Brett**
- 48 **LVB-Forum**
- 50 **Strichwörtlich**
 Von Michèle Heller
- 54 **Der letzte Schrei**
Geheimkabinett EDK?
Wie die Schweizer Bildungspolitik gemacht wird
 Von Roger von Wartburg

Einladung zur Delegierten- und Mitgliederversammlung des LVB

Mittwoch, den 13. September 2017

19.30 Uhr, Coop Tagungszentrum, Muttenz

Traktanden

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Statutarische Geschäfte

Stimmberechtigt sind die Delegierten. Diese erhalten eine separate Einladung per Post.

2. Protokoll der DV/MV vom 22. März 2017

3. Wahl in den Kantonalvorstand

Mirjam Chevrolet, Kindergarten Dittingen

Benjamin Hänni, Primarschule Reinach

4. Jahresrechnung 2016/17, Revisionsbericht

5. Budget und Festlegung der Mitgliederbeiträge für das Geschäftsjahr 2017/18

Vorschlag der LVB-Geschäftsleitung: keine Beitragsänderungen

Berufspolitische Geschäfte

Stimmberechtigt sind alle anwesenden LVB-Mitglieder.

6. Hauptthema

**Senkung des Technischen Zinssatzes sowie des Umwandlungssatzes der BLPK:
Auswirkungen und mögliche Lösungen**

6.1 Referat von Patrick Spuhler, Pensionskassenexperte
Vorstellen des Lösungsentwurfs der Regierung

6.2 Referat von Michael Weiss, Geschäftsführer LVB
Vorstellen des Lösungsentwurfs der Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände (ABP)

6.3 Fragen aus dem Publikum

7. Diverses

Im Anschluss an die DV/MV wird ein Apéro offeriert.

Protokoll DV/MV 2.2016/17

vom Mittwoch, 22. März 2017, 19.30–21.45 Uhr, Coop Tagungszentrum, Muttenz

Von Gabriele Zückert

LVB-Delegierte: total 111, anwesend 61

weitere LVB-Mitglieder: ca. 60

Vorsitz: Roger von Wartburg

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht,
Stimmenzähler

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll der DV/MV
vom 14. September 2016
3. Statutenänderungen § 23.2 f):
Anpassung neue Bezeichnung
des BLPK-Gremiums

Berufspolitische Geschäfte

4. Update zu aktuellen Themen:
Kündigungsrecht, Bildungsrat,
LVB-Initiativen
5. Referat von Prof. Dr. Jürg Frick,
ehem. PH Zürich, heute freier
Dozent
Gesund bleiben im Lehrberuf –
Erkenntnisse, Voraussetzungen und
Bedingungen

6. Verabschiedung einer Resolution

7. Diverses



1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Roger von Wartburg begrüßt die Anwesenden, im Besonderen den Referenten Prof. Dr. Jürg Frick, von der BKSD Generalsekretär Severin Faller und den Leiter Stab Bildung Alberto Schneebeli, von der FSS Marianne

Schwegler, Bruno Rupp als Vertreter des LCH, die anwesenden Ehrenmitglieder des LVB und die Vertreter der Medien. Regierungsrätin Monica Gschwind lässt sich wegen einer Terminkollision entschuldigen.

Das Hauptthema dieser DV/MV sei, wie man im Lehrberuf gesund bleiben könne. Roger von Wartburg bemerkt, dass das Thema der Herbst-DV, die Situation der BLPK, nicht unbedingt dazu beitrage, die Gesundheit zu fördern. Er und Michael Weiss hätten Anfang Woche eine Veranstaltung besucht, an der ein unabhängiger Pensionskassenexperte die Landratsvorlage erläutert habe. Die Aussichten seien sehr beunruhigend.

Roger von Wartburg leitet mit einem Rückblick auf die Radio-Lagerwoche mit seiner Klasse in das Hauptthema des Abends über. Die Erlebnisse mit den Jugendlichen seien intensiv gewesen. Vor allem auch die Situationen, in

denen die Jugendlichen an Grenzen gestossen seien und diese gemeinsam überwinden konnten, hätten ihm wieder gezeigt, was dazu beitragen könne, im Lehrberuf gesund zu bleiben. Pädagogische Freiheiten zu haben und zu nutzen, mache es aus. Unabdingbar sei dafür, dass man fähige Lehrpersonen machen lasse, dass man Vertrauen in sie habe als Fachkräfte, als Pädagoginnen und Pädagogen.

Im Magazin des «Tages-Anzeigers» sei er dann am Wochenende auf einen Artikel¹ gestossen, der eindrücklich aufzeige, was z.B. dazu führen könne, dass man im Lehrberuf nicht gesund bleibe. Es wird die Situation einer langjährigen Primarlehrerin geschildert, die im Kontext einer schwierigen Klasse von Eltern unter Druck gesetzt und von ihren Vorgesetzten im Stich gelassen wird. Am Ende reicht sie die Kündigung ein. Er glaube, auch das sei etwas, was unabdingbar sei für ein gesundes Verbleiben im Lehrberuf:

erforderungen im Lehrberuf, erweiterter

geerkrankungen, Burnout und Lehrberuf

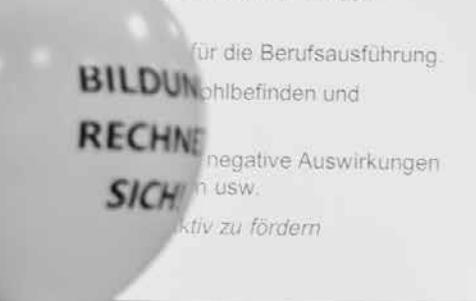
zunehmende Pensen-

für die Berufsausführung.

BILDUN Wohlbefinden und

RECHNE negative Auswirkungen
SICH in usw.

aktiv zu fördern



Prof. Dr. Jürg Frick
ehem. PH Zürich
heute freier Dozent



Dass Lehrpersonen, gerade in schwierigen Zeiten, Verantwortliche haben, die sich hinter sie stellen, ihnen den Rücken stärken und nicht beim ersten Gegenwind einknicken oder in Deckung gehen.

Leider seien Fälle wie jener von Frau M. auch in der Realität des LVB keine Einzelfälle mehr. Isabella Oser, der er einen grossen Dank für ihre konstant erstklassige Arbeit ausspricht, werde in der letzten Zeit mit so vielen Fällen wie nie zuvor überhäuft. Michael Weiss würde sie deswegen in diesem Bereich unterstützen. Es gehe aktuell oft um erfahrene, bewährte Lehrpersonen, die plötzlich in die Kritik von Eltern, Schulleitung oder Schulrat gerieten und sich innerhalb eines Schuljahres in einer Abwärtsspirale wiederfinden. Persönliche Verhandlungen zwischen Schulleitung, Schulrat und Eltern seien für solche Fälle typisch. Wie gut, dass es für solche Fälle den Berufsverband gebe, an den man sich wenden könne!

Um gesund zu bleiben, brauche es Zeitfenster zum Ausruhen. Leider können die GL-Mitglieder dies für sich

persönlich kaum einhalten, wodurch der LVB eigentlich selbst gegen die LVB-Forderungen an Arbeitgeber verstossen. Roger von Wartburg zeigt anhand von Zahlen und der Aufzählung von Gremien, in denen der LVB mitwirkt, auf, dass die 200 Stellenprozent der GL für die Arbeit, die gemacht werden müsse, nicht ausreichen. Eventuell müsse man, solle Qualität und Umfang der bislang erbrachten LVB-Tätigkeiten erhalten bleiben, über eine Erhöhung der GL-Arbeitswerte nachdenken. Dafür erforderlich seien aber noch mehr Mitglieder, die diese Arbeit mit ihren Beiträgen ressourcierten. Er hoffe, dieser Abend würde allen Anwesenden genügend «Munition» liefern für Anwerbegespräche, bei denen man heutzutage oft hartnäckig sein müsse. Er könne nicht verstehen, dass es angesichts der aktuellen politischen Themen immer noch Lehrpersonen gebe, die nicht begriffen haben, von welch erheblicher Wichtigkeit es sei, sich einem Personalverband anzuschliessen.

In diesem Sinne eröffnet Roger von Wartburg die heutige DV/ MV des LVB.

Als Stimmenzähler werden Christoph Kasper und Didier Moine in stiller Wahl gewählt.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

Statutarische Geschäfte

Stimmberrechtigt sind die Delegierten. Diese erhalten eine separate Einladung per Post.

2. Protokoll der DV/MV vom 14. September 2016

Das Protokoll wird einstimmig bei zwei Enthaltungen genehmigt und der Verfasserin Gabriele Zückert dankt.

3. Statutenänderung § 23.2 f): Anpassung neue Bezeichnung des BLPK-Gremiums

Im Zuge der Reform der BLPK wurde die Abgeordnetenversammlung in Delegiertenversammlung umbenannt. Aus diesem Grund muss der § 23.2 f (Aufgaben des KV) der LVB-Statuten angepasst werden:

Bisher: Genehmigung der Wahlvorschläge für die Abgeordnetenversammlung der Basellandschaftlichen Pensionskasse

1. Hohe und steigende Anforderungen Berufsauftrag
 2. Hohe Raten von Stressfolgeerkrankungen Frühpensionierungen im Lehrberuf
 3. Viele - auch frühe! - Berufsrücktritte
 4. Gesundheit ist grundlegend
 5. Der Zusammenhang zwischen Leistungsfähigkeit und Gesundheit ist unbestritten
- darum ist die Gesundheit im Lehrberuf ein Thema

Jürg Frick: Gesund bleiben im Lehrberuf



Neu: Genehmigung der Wahlvorschläge für die Delegiertenversammlung der Basellandschaftlichen Pensionskasse.

Die Delegierten stimmen der Statutenänderung einstimmig zu.

Michael Weiss erwähnt, dass ein Sitz in der Delegiertenversammlung BLPK vakant sei. Man könne dort auch unangenehme Fragen stellen und bekomme Antwort darauf. Es handle sich um einen Mittwoch-Termin pro Jahr. Es habe sich schon ein Interessent gemeldet, man nehme aber gerne noch weitere Kandidaturen entgegen.

Berufspolitische Geschäfte

Stimmberchtigt sind alle anwesenden LVB-Mitglieder.

4. Update zu aktuellen Themen: Kündigungsrecht, Bildungsrat, LVB-Initiativen

Kündigungsrecht: Isabella Oser informiert. Im Landrat konnte nur sehr knapp eine Verschlechterung des Kündigungsschutzes verhindert werden. Aber die Initiativen der Liga der Baselpfleger Steuerzahler seien immer noch

in der Pipeline. Auf der Sek I werde im Moment enormer Druck auf die Lehrpersonen ausgeübt und man probiere, die Regeln des Kündigungsschutzes zu umgehen oder missachte sie schlicht. Wenn der bisherige Kündigungsschutz weiter geschwächt würde, wäre dies eine Katastrophe für die Arbeitnehmenden. Kritik von Lehrpersonen an der Führung der Schulleitung ohne Angst vor einem Stellenverlust wäre bei einer Angleichung an das Obligationenrecht nicht mehr möglich. Es brauche dann keine Angabe eines Grundes mehr für eine Kündigung. Isabella Oser bekräftigt, der LVB werde mit allen Mitteln gegen eine Verschlechterung kämpfen.

Bildungsrat: Die von Paul Hofer eingereichte Motion verlangt die Abschaffung des Bildungsrates. Michael Weiss, seines Zeichens Vertreter des LVB im Bildungsrat, räumt ein, dass er in diesem zwar oft eine Minderheitenmeinung vertrete, findet aber trotzdem, dass es diese übergeordnete Institution brauche. Der Bildungsrat begrenze heute die Macht der BKSD und des Landrates. Diese gegenseitige Kontrolle der einen durch die andere Instanz sei in einer Demokratie wichtig. Als Beispiel nennt er die Stundentafel auf der Sek I. Der Bildungsrat wollte die neue Stundentafel schon jetzt einführen, damit nicht noch mehr Sek Lehrpersonen die Stelle verlieren. Wegen solchen Entscheidungsbefugnissen müsse der Bildungsrat erhalten bleiben. Das von Direktionsvorsteherin Monica Gschwind angedachte Beratungsgremium hätte dagegen keine Entscheidungskompetenzen mehr, sondern lediglich eine beratende Funktion. Die AKK hat ein Komitee «pro Bildungsrat» gegründet. Roger von Wartburg und Michael Weiss sind Mitglieder in dessen Vorstand.

LVB-Initiativen: Für beide Initiativen konnten je über 2500 Unterschriften gesammelt werden. Dank gebührt allen, die Unterschriften eingeholt haben. Das nochmalige persönliche Anschreiben aller Mitglieder habe eine grosse Wirkung gehabt, dadurch kamen nochmals je rund 1000 Unterschriften zusammen. Der LVB werde die Initiativen nun zeitnah einreichen.

Man dürfe gespannt sein, wie die Regierung mit den Initiativen umgehen werde.

5. Referat von Prof. Dr. Jürg Frick, ehem. PH Zürich, heute freier Dozent: Gesund bleiben im Lehrberuf – Erkenntnisse, Voraussetzungen und Bedingungen

Roger von Wartburg zitiert als Einleitung zum Referat aus dem NZZ-Artikel «Für eine gute Schule» von Prof. Dr. Jürg Frick. Darin gibt Frick einen Überblick über die Situation in der heutigen Schule. Schlagwörter wie überhöhte Erwartungen, immer neue Reformen, höhere Anforderungen an die Lehrpersonen, einknickende Schulleitungen, anspruchsvolle Eltern und mangelnde Frustrationstoleranz der Kinder werden erwähnt. Der Artikel legt den Fokus darauf, welche der zusätzlichen Aufgaben, die in den letzten Jahren im Lehrberuf dazugekommen sind, sinnvoll sind und in welchen Aufgabenbereichen man wieder auf das Wesentliche fokussieren müsse. Roger von Wartburg war erstaunt darüber, zu lesen, dass dieser Artikel von einem Exponenten einer Pädagogischen Hochschule verfasst worden war, vertrete er doch in dem Artikel durchaus die Meinung von Lehrerverbänden. Aufgrund dieses Artikels hat er Jürg Frick angefragt, ob er an der DV referieren würde und Herr Frick hat sofort zugesagt.

Prof. Dr. Jürg Frick beginnt mit der Vorbemerkung, dass er 25 Jahre in der Lehreraus- und -weiterbildung und in der Praxisberatung tätig war. Was er der Versammlung nun vortragen werde, seien einerseits Erkenntnisse aus der Forschung, andererseits Erfahrungen aus seiner langjährigen Beratungstätigkeit. Er sei ein- bis zweimal pro Woche vor Ort in Schulen gewesen, was man von Exponenten vieler Bildungsbehörden, die neue Projekte anreissen würden, nicht sagen könne.

Gesundheit im Lehrberuf sei deshalb so wichtig, weil die Anforderungen dauernd steigen würden. Es gebe neu auch unter jungen Lehrpersonen eine hohe Rate an Stressfolgeerkrankungen. Wenn man diesen Beruf ausüben wolle, müsse man aber gesund sein.

Eine Klasse zu führen, brauche volle Leistungsfähigkeit. Deswegen müsse man alles tun, um die Gesundheit der Lehrpersonen zu unterstützen, weil sie die Leistungsfähigkeit erhalte. Er zeigt anhand von Statistiken auf, wie viele Lehrpersonen an Stresssymptomen leiden, sich überfordert fühlen, aber – auf den ersten Blick widersprüchlich – gleichzeitig dennoch Spass am Beruf hätten. Eine andere Studie zeigt auf, dass viele Lehrpersonen erheblich psychisch belastet sind. Für den Kanton Zürich wurden diese Zahlen schon einmal erhoben mit ähnlichen Resultaten (Forneck-Studie). Die Studie wurde danach aber in der Schublade versenkt, weil die Resultate unerwünscht waren. Diese Zeichen müsse man jedoch ernst nehmen. Auch wenn man die Belastung nicht wirklich messen könne, sei die Wahrnehmung des Einzelnen entscheidend. Subjektive Faktoren müssten berücksichtigt werden.

Jürg Frick zeigt einige Belastungsfaktoren auf. Dabei fällt auf, dass Reformen, Pflichten ausserhalb des eigentlichen Unterrichts, die Heterogenität der Klassen und die Klassengrösse einen grossen Einfluss auf das Wohlbeinden der Lehrperson haben. Er widerspreche hier bewusst der Hattie-Studie. Die Klassengrösse habe sehr wohl einen grossen Einfluss. Um seine Aussagen zu illustrieren, erzählt Jürg Frick von einigen extremen Beispielen aus seiner Beratungstätigkeit und zeigt verschiedene Cartoons, die diese Beispiele untermaßen. Selbstgesteuertes Lernen widerspreche übrigens allen wissenschaftlichen Erkenntnissen und sei, ebenso wie Change Management auch, eine Worthülse. Es gehe hier nur um Geld, weil man damit z.B. Dozentenstellen sparen könne.

Jürg Frick nennt personale, soziale, gesellschaftliche und schulische Belastungsfaktoren, die die Gesundheit der Lehrpersonen beeinflussen. Es sei z.B. unsinnig, die Altersentlastung zu streichen, denn das Alter habe einen grossen Einfluss auf die Gesundheit. Erwiesenermassen hätten Lehrpersonen auch Hörschäden als Berufskrankheit. In diesem Kontext könnte man

seiner Ansicht nach sogar über einen Gefahrenzuschlag beim Lohn nachdenken. Zunehmend würden auch die Arbeitsbedingungen, die bis anhin recht gut waren, durch bildungspolitische Entscheide, welche eher finanzpolitische seien, verschlechtert. Hier werde an den wirklichen Bedürfnissen der Schule vorbei politisiert. Lehrpersonen mit sehr idealistischen Berufszielen würden sich schnell verausgaben und kämen in einen Realitätskonflikt. Sie könnten sich nicht abgrenzen, nur schwer formulieren, wenn sie nicht einverstanden seien oder hätten Mühe, sich zu artikulieren, wenn sie Hilfe bräuchten. Frauen, vor allem auch Kindergärtnerinnen, seien extrem leidensfähig. Er staune, was die sich alles gefallen liessen. Manchmal müssten diese ganz einfach sagen: «Nein, das mache ich nicht!»

Jürg Frick betont, dass es einen Mehr-Ebenen-Ansatz brauche, um die Gesundheit der Lehrpersonen zu fördern und zu schützen. Die Rahmen- und Arbeitsbedingungen, Ausbildung, Berufseinführung und Begleitung und auch die Entwicklungsbemühungen der Lehrpersonen selbst seien entscheidend. Reglementierungen, Reformen und Projekte müsse man reduzieren. Eine zentrale Rolle spielten die Rahmenbedingungen als Hauptbelastungs- und Entlastungsfaktor. Massnahmen wären: Kleinere Klassen zwecks mehr Zeit für die einzelnen Kinder, genügend Platz, Reformen «bottom up» statt «top down», ein echter Miteinbezug der Lehrpersonen, die Reduktion der Lektionenzahl eines 100%-Pensums, ein funktionierendes Abwesenheitsmanagement (gegen die Präsentismus-Falle), Gefässe für Intervision, Supervision, kollegialen Austausch, Zeit für die Arbeit an sich selber. Jürg Frick ist der Meinung, dass in der Schweiz das Geld dafür durchaus vorhanden sei, es fehle aber am politischen Willen, dieses dementsprechend zu verteilen.

Ein weiterer wichtiger Faktor sei die Schulleitung. Diese könne als wirksamer Puffer dienen. Sei die Schulleitung schlecht, könne sie ganze Teams zerstören; sei sie gut, könne man

selbst schwierigste Situationen gut lösen. Dazu gehöre auch, die Lehrpersonen ihren Einstellungen und Fähigkeiten nach einzustellen, Gefässe für Austausch und verstärkte Zusammenarbeit der Lehrpersonen zur Verfügung zu stellen, etc. Jürg Frick würde auch die Elternbildung stärken und schon sehr früh ansetzen.

Im letzten Teil erläutert Jürg Frick noch einige Aspekte aus der Stressforschung. Es gebe vier Typen von Lehrpersonen: Der G-Typ (gesund, engagiert aber mit Distanzierungsfähigkeit), Typ A (eher perfektionistisch, Erholungsfähigkeit teilweise eingebüsst), Typ B (fortgesetzte Verausgabungsbereitschaft, Burn-Out-Typ), Typ S (Schoner, verrichtet seine Arbeit i.d.R. korrekt, zeigt aber keine Verausgabungsbereitschaft). Gut wäre ein Anteil von 80% im G-Typ. Dies sei aber leider nicht so, sondern liege oft deutlich darunter. Schoner gebe es seiner Erfahrung nach sehr wenige. Er empfiehlt einen angemessenen Einsatz, realistische Ziele, man solle fehlerfreudlich sein, Distanzierungsfähigkeit üben, abschalten können, eine adaptive Akzeptanz üben, realistisch optimistisch sein, Verantwortung übernehmen, aber auch abgeben, zu sich selber Sorge tragen, etc. Die Balance zwischen Belastung und Ressourcen müsse längerfristig stimmen.

Ganz wichtig sei auch die Anerkennung der Arbeit der Lehrpersonen. Eltern sähen leider ihre Rolle vermehrt als Kunden, was sie aber nicht seien. Eltern seien Partner und hätten Rechte und Pflichten. Anerkennung durch die Schulleitungen müsse ebenfalls erfolgen. Wichtig sei auch die Passung: Lehrpersonen müssten die Möglichkeit haben, an der richtigen Stufe, im richtigen Niveau zu unterrichten. Passé dies nicht, könne das fatal sein. Jürg Frick erfahre bei Schulungen immer wieder, dass die Wahrnehmung der Wertschätzung durch die Schulleitung bei Lehrpersonen und Schulleitungen oft diametral auseinanderdrifte. Diese Wertschätzung durch Eltern, Schulleitung und Behörden, ja auch der Gesellschaft wäre aber sehr wichtig.

Die Schule in der Schweiz sei noch nie so gut gewesen wie heute, konstatiert Jürg Frick. Gelungenes und Positives müsse man würdigen. Nicht «Best Practice», die so oder so nicht erreichbar sei, sondern «Good Practice» solle das Mass sein. Wenn es *nur* interessante Stunden gäbe, gäbe es *keine* interessanten Stunden mehr. Nur der Unterschied mache es aus. Der Ökonom Mathias Binswanger nennt das die «hedonistische Tretmühle». Heute werde oft von überhöhten Leitbildern ausgegangen.

Zum Abschluss rät Jürg Frick den Anwesenden, sich auch einmal die positiven Aspekte des Berufs aufzuschreiben und diese immer wieder zu beachten. Das Wichtigste sei hier wohl der Gestaltungsspielraum. Damit schliesst Jürg Frick sein Referat.

Aus dem Publikum wird festgestellt, dass die Beispiele nicht überspitzt gewesen wären, sondern aus dem Leben gegriffen. Auf die Frage, wie er die Situation einschätzt, dass aus Schulleitern, früher «Primi/Primae inter partes», jetzt Vorgesetzte mit pädagogischer Weisungsbefugnis geworden sind, erläutert Jürg Frick, dass er durchaus einen Vorteil in geleiteten Schulen sehe. Vieles könne eine Schulleitung unterstützen und abfedern. Aber es müssten gute Leute sein. Es sei sehr personenabhängig. Viele Schulleitungen seien leider nicht gut für ihren Job ausgebildet, nicht qualifiziert oder geeignet. Wenn sie dann noch pädagogische Richtungen vorgeben könnten, hätten sie eindeutig zu viel Macht. Schule sei eine gemeinsame Aufgabe des gesamten «Bodenpersonals». Auf die anschliessende Frage, ob es denn genügend qualifizierte Schulleitungen gebe, erwidert Jürg Frick, dass hier die Rekrutierung stimmen müsse. Die Lehrpersonen müssten unbedingt in die Wahl einbezogen werden und die Ausbildung der Schulleitungen massiv verbessert werden. Ein weiteres Mitglied stellt fest, dass es schlicht nicht genügend gute Leute dafür gebe, es sei zu viel Macht bei den Schulleitungen konzentriert. Man müsse die Struktur verändern. Eine bessere Ausbildung würde da

nicht reichen. Jürg Frick erwidert, man müsse auch die Rahmenbedingungen für die Schulleitungen verbessern. Es sei ein undankbarer Posten. Wenn der Rahmen nicht klar definiert sei, könne es gefährlich werden. Eine Schulleitung sei dann gut, wenn sie keine Angst habe, empathisch und eine grosse Persönlichkeit sei und die Probleme an der Schule kenne.

Roger von Wartburg bedankt sich bei Jürg Frick für den gelungenen Vortrag. Ihm wird ein kleines Präsent überreicht. Roger von Wartburg weist darauf hin, dass Flyer mit Informationen zu Jürg Fricks Büchern aufliegen.

6. Verabschiedung einer Resolution

Michael Weiss sagt, er habe sich in Bezug auf die Anstellungsbedingungen schon lange keine so grossen Sorgen mehr gemacht wie in diesem Kontext. Eine Rentenkürzung von 14% durch die Kürzung des technischen Zinssatzes und die Senkung des Umwandlungssatzes sei nicht hinzunehmen. Der Landrat und die Regierung tendierten zudem dahin, keinerlei Abfederungsmassnahmen zu sprechen. Er erwarte einen ganz harten Arbeitskampf. Wenn hier nichts passiere, dann seien inskünftig pensionierte Lehrpersonen, vor allem Teilzeitlehrpersonen, wohl auf Ergänzungsleistungen angewiesen. Und dies würde mehrheitlich Frauen treffen. Jetzt sei es daher wichtig, ein Zeichen zu setzen. Andere Kantone würden ihrem Personal besser Sorge tragen. Die Geschäftsleitung schlägt der Versammlung folgende Resolution mit dem Titel «Kein weiterer Abbau der Rentenleistungen!» vor:

«Bereits die per 1. Januar 2015 wirksam gewordene Reform der BLPK führte zu schmerhaften Einbussen für die Versicherten. Die geplante Senkung des Umwandlungssatzes für Altersguthaben von 5.8% auf 5.0% würde ohne Abfederungsmassnahmen gerade noch einmal zu einer massiven Rentenreduktion führen.

Trotz Besitzstandsregelung hat die letzte Reform in zahlreichen Fällen

Renteneinbussen von 20% oder sogar mehr ausgelöst. Ein nochmaliger Verlust von 7 bis 14%, der wiederum dieselben Personen wie 2015 am härtesten treffen würde, ist nicht zu verkraften.

Wir wollen keine weiteren Kürzungen unserer zukünftigen Rentenleistungen mehr zulassen und werden uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen zur Wehr setzen! Regierung und Landrat müssen wissen, dass sie mit zusätzlichen Abbaumassnahmen bei den Pensionskassenleistungen den Arbeitsfrieden im Kanton Baselland endgültig aufs Spiel setzen!»

Auf die Frage aus dem Publikum, was «mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln» heisse, antwortet Michael Weiss, dass alle Kampfmaßnahmen bis zum Äussersten möglich seien. Selbst ein Streik könne nicht von Vornherein ausgeschlossen werden.

Die Versammlung stimmt der Resolution einstimmig und ohne Enthaltungen zu.

7. Diverses

Michael Weiss bittet die Anwesenden, die Prospekte von «Athleticum» mitzunehmen und in den Lehrerzimmern aufzulegen.

Roger von Wartburg fordert die Delegierten und Mitglieder auf, gerollte LVB-Plakate für die Lehrerzimmer mitzunehmen und dort aufzuhängen. Er ruft dazu auf, sich für verschiedene Posten, die vakant sind, bei der Geschäftsleitung zu melden. Es handelt sich um einen Sitz als LCH-Delegierte/n, zwei Sitze der Primarstufe im Kantonalvorstand und einen Sitz als BLPK-Delegierte/r.

Roger von Wartburg schliesst die Versammlung mit einem Dank an alle Anwesenden.

Im Anschluss an die DV/MV wird ein Apéro offeriert.

¹ <https://www.dasmagazin.ch/2017/03/17/amende/>

LVB-Jahresrechnung 2016/2017

Bilanz per 30.06.2017

	30.06.2017		30.06.2016	
	Soll	Haben	Soll	Haben
AKTIVEN				
VEREINSKASSE				
Kasse	800		540	
Post Verein	257'349		228'823	
Bank Verein	27'418		34'661	
IT-Anlage	4'197		4'762	
Aktive Rechnungsabgrenzung	3'916		4'672	
Total VEREINSKASSE	293'679		273'457	
JUBILARENKASSE				
Bank Jubilaren	32'946		30'481	
Aktive Rechnungsabgrenzung	0		0	
Total JUBILARENKASSE	32'946		30'481	
KAMPFKASSE				
Bank Kampf	135'854		119'114	
Aktive Rechnungsabgrenzung	155		0	
Total KAMPFKASSE	136'009		119'114	
RECHTSSCHUTZKASSE				
Bank Recht	179'775		206'159	
Aktive Rechnungsabgrenzung	0		1'877	
Total RECHTSSCHUTZKASSE	179'775		208'036	
TOTAL AKTIVEN	642'409		631'090	

PASSIVEN				
VEREINSKASSE				
Langfristiges verzinsliches Darlehen BLKB		120'000		135'000
Passive Rechnungsabgrenzung		160'725		156'528
Rückstellungen		18'900		0
Kapital am Anfang		-18'071		-66'082
Bilanzgewinn/-vortrag		12'125		48'011
Total VEREINSKASSE		293'679		273'457
JUBILARENKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		0		0
Kapital am Anfang		30'481		29'952
Bilanzgewinn/-vortrag		2'465		529
Total JUBILARENKASSE		32'946		30'481
KAMPFKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		0		10'449
Kapital am Anfang		108'665		124'042
Bilanzgewinn/-vortrag		27'343		-15'376
Total KAMPFKASSE		136'009		119'114
RECHTSSCHUTZKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		0		3'400
Rückstellungen		9'000		5'000
Kapital am Anfang		199'636		220'049
Bilanzgewinn/-vortrag		-28'861		-20'413
Total RECHTSSCHUTZKASSE		179'775		208'036
TOTAL PASSIVEN		642'409		631'090
TOTAL GESAMTORGANISATION	642'409	642'409	631'090	631'090

Erfolgsrechnung 01.07.2016 bis 30.06.2017

	Erfolgsrechnung Vorjahr		Erfolgsrechnung 2016/2017		Budget 2016/2017		Budget Folgejahr	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
VEREINSKASSE								
Erlös Mitgliederbeiträge	433'935		401'774		390'000		400'000	
Erlös Diverses	0		0		0		0	
Betriebsertrag	433'935		401'774		390'000		400'000	
Personalaufwand	366'422		365'040		370'000		370'000	
Übriger Personalaufwand	6'769		19'020		6'000		120	
Administrationsaufwand	9'712		7'083		10'000		8'500	
Aufwand für Drittleistungen	425		425		500		500	
Aufwand Veranstaltungen	19'178		18'549		20'000		20'000	
Aufwand Pensionierte	3'183		2'841		3'000		3'000	
Aufwand Verbandszeitschrift	35'547		36'923		36'000		36'000	
Aufwand Sachversicherungen	732		1'464		500		1'500	
Informatikaufwand	9'305		6'676		9'000		9'000	
Werbeaufwand	964		1'004		1'000		1'000	
Aufwand Rechnungsrevision	7'304		5'000		4'000		4'500	
Abschreibungen Informatik	2'278		1'113		2'000		1'100	
diverer Aufwand	1'507		248		1'000		1'000	
Betriebsergebnis	29'392		63'612		73'000		56'220	
Finanzerfolg	101		35		0		0	
Zinsen BLKB-Darlehen	1'290		1'151		1'150		1'015	
Betriebsergebnis nach Finanzerfolg	30'580		64'728		74'150		57'235	
Ertrag Sunrise	3'940		2'760		1'500		1'500	
Ertrag Visana	74'981		78'797		60'000		70'000	
Aufwand Sunrise	50		1'921		0		0	
Betriebsergebnis nach Nebenbetrieben	48'291		14'907		12'650		14'265	
a.o. Aufwand	0		217		0		0	
Erfolg VEREIN vor Steuern	48'291		14'690		12'650		14'265	
Steueraufwand	279		2'565		0		2'500	
Erfolg VEREIN	48'011		12'125		12'650		11'765	
JUBILARENKASSE								
Erlös Beiträge		9'519		10'254		9'000		10'000
Aufwand Auszahlungen/Feier	8'936		7'808		8'000		8'000	
div. Aufwand	66		0		0		0	
Finanzerfolg		12		18		0		0
Erfolg JUBILARENKASSE	529		2'465		1'000		2'000	
KAMPFKASSE								
Erlös Beiträge		0		35'850		38'000		36'000
Veranstaltungen	1'504		8'182		5'000		5'000	
Unterstützung Kampagnen	3'514		0		25'000		25'000	
Beratung	10'449		0		3'000		3'000	
Diverter Aufwand	0		428		3'000		1'000	
Finanzerfolg		91		103		0		0
Erfolg KAMPFKASSE	15'376		27'343		2'000		2'000	
RECHTSSCHUTZKASSE								
Erlös Beiträge		0		0		0		0
Anwalts- und Verfahrenskosten	18'735		25'264		25'000		25'000	
Diverter Aufwand	1'846		3'717		3'000		3'000	
Finanzerfolg		168		119		0		0
Erfolg RECHTSSCHUTZKASSE	20'413		28'861		28'000		28'000	
ERFOLG GESAMTOGANISATION								
	509'996	522'748	516'639	529'710	536'150	498'500	529'735	517'500
	12'752		13'072		37'650		12'235	
	522'748	522'748	529'710	529'710	536'150	536'150	529'735	529'735

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2016/2017



Bericht der Revisionsstelle zur Eingeschränkten
Revision an die Generalversammlung des
Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

Vereinsjahr 2016/2017

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland für das am 30. Juni 2017 abgeschlossene Vereinsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vereinsvorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Verein vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsysteams sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstöße nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entsprechen.

CENTRA TREUHANDGESELLSCHAFT AG

Tamara Senn, Revisorin
Leitende Revisorin

4448 Läufelfingen, 14. Juli 2017

Beilage:

- Jahresrechnung 2016/2017 bestehend aus:
- Bilanz per 30.06.2017
 - Erfolgsrechnung 01.07.2016 – 30.06.2017
 - Anhang per 30.06.2017

Perlenfischen

Von Roger von Wartburg

Perle 1: «Ein teurer Versuch»

Wo: Luzerner Zeitung

Wer: Robert Knobel

Wann: 30. Juni 2017

«Was auf der Primarstufe schon länger Standard ist, hält zunehmend in der Sekundarschule Einzug: das integrative Unterrichtsmodell. Dabei werden Schüler mit grossen Leistungsunterschieden in derselben Klasse unterrichtet. Die Auswirkungen auf der Sekundarstufe waren bisher gering, da das Modell meist nur in Nebenfächern angewendet wurde.

Die Stadt Luzern geht jetzt aber so weit wie keine andere Gemeinde im Kanton: Auch in Deutsch und Mathe- matik werden die verschiedenen Leis- tungs niveaus gemeinsam unterrichtet. Ausgerechnet die beiden mit Ab- stand wichtigsten Fächer werden also integrativ unterrichtet – und dies in der Oberstufe, einer entscheidenden Phase der Schullaufbahn, steht doch die Berufswahl oder der Übertritt ins Gymnasium vor der Tür. Kein Wunder, war für diesen Systemwechsel eine befristete Sonderbewilligung des Kantons nötig.

Der Stadtrat begründet das neue Modell mit sozialen Ar- gumenten. Der Zusammenhalt innerhalb der Klasse werde gestärkt, weil die Schüler auch für die Hauptfächer in ihrer Stammklasse bleiben können. Bei diesem Argument geht allerdings vergessen, dass erst die Einführung des integra- tiven Modells zur Schwächung der bisherigen Klassenver- bände geführt hat. Vorher waren die Sek-Schüler grund- sätzlich in A-, B- oder C-Klassen eingeteilt – die Klassenzu- sammensetzung blieb also immer gleich.

Die Sekundarschule hat die Aufgabe, schwache Schüler zu unterstützen und gleichzeitig sicherzustellen, dass die leis- tungsstarken möglichst ungehindert ihren Weg gehen kön- nen. Ob dies mit dem aktuellen Stadluzerner Modell er- reicht werden kann, ist fraglich. Selbst wenn der Stadtrat feststellt, dass die Schüler «wenig Probleme» damit hätten,



ist zumindest der grosse Vorteil des integrierten Modells à la Luzern nicht offensichtlich.

Fest steht hingegen, dass es zusätzliche Kosten verursacht. Ganze 1,3 Millionen Franken leistet die Stadt als «Anschubfinanzierung» für das integrierte Modell. Sollte sich nach Ablauf der dreijährigen Versuchsphase zeigen, dass es sich nicht bewährt, wäre dies eine teure Übung gewesen.»

Die Zeichen stehen auf Sturm Vom Kampf gegen immer schletere Anstellungsbedingungen

Von Michael Weiss

FOTOLIA

Pensionskasse, Kündigungsrecht, Lohnentwicklung und Lohntransparenz: Die Eckpfeiler unserer Anstellungsbedingungen stehen unter massivem Druck. Lesen Sie hier, was konkret droht und wie die Personalverbände dagegen ankämpfen.

P

Pensionskasse: Noch einmal 14% Rentenreduktion?

Einleitend ein paar Ausführungen für alle jene Leserinnen und Leser, welche die Grundlagen unseres Pensionskassensystems nicht (mehr) präsent haben sollten: Die schweizerische Pensionskassengesetzgebung behandelt Erwerbstätige und Pensionierte sehr unterschiedlich: Während den Erwerbstätigen die zukünftige Rente jederzeit gekürzt werden kann, müssen Pensionierte keinerlei Rentenkürzungen fürchten, mit Ausnahme eines möglichen Kaufkraftverlusts durch nicht ausgeglichene Teuerung.

Dies ist insofern bemerkenswert, als das Vermögen, das ein Rentner vom Zeitpunkt seiner Pensionierung an bis zu seinem Ableben als Rente erhält, beim Eintritt in die Pension noch gar nicht vollständig angespart ist. Damit das angesparte Geld für die der Le-

benserwartung entsprechende Zeit ausreicht, muss derjenige Teil, der noch nicht ausbezahlt wurde, weiterhin verzinst werden.

Im Gegensatz zu den aktiven Versicherten (also denen, die noch nicht pensioniert sind und weiterhin in die Pensionskasse einzahlen) richtet sich bei den Pensionierten der Zins, der ihnen auf ihr noch vorhandenes Pensionskassenvermögen gutgeschrieben wird, nicht nach den jährlich erwirtschafteten Gewinnen der Pensionskasse, sondern entspricht einem Satz, den der Verwaltungsrat der Pensionskasse festlegt. Dieser Zinssatz wird *technischer Zinssatz* genannt.

Der technische Zinssatz sollte möglichst selten geändert werden und sich an der zu erwartenden Rendite orientieren, welche die Pensionskasse *mittel- oder langfristig* erwirtschaften kann. Berücksichtigt werden muss ausserdem die steigende Lebenserwar-

tung, für welche zusätzliche Rückstellungen erforderlich sind. Beim aktuellen technischen Zinssatz der BLPK von 3.0% müssen die Guthaben der Pensionierten daher effektiv mit 3.5% verzinst werden.

Liegt der technische Zinssatz über mehrere Jahre über dem, was die Kasse tatsächlich erwirtschaftet, leiden darunter die aktiven Versicherten. In diesem Fall müssen nämlich nicht nur Teile des Gewinns, das mit dem Geld der Pensionierten erwirtschaftet wurde, sondern zusätzlich auch Teile des Gewinns, das mit dem Geld der aktiven Versicherten erwirtschaftet wurde, dafür eingesetzt werden, die Verzinsung der Guthaben der Pensionierten gemäss dem technischen Zinssatz sicherzustellen.

Im Vorsorgewerk unseres Kantons befinden sich rund 4.1 Mia. Fr. an Versicherungsguthaben. Davon gehören aber «nur» 1.5 Mia. Fr. den aktiven

Versicherten, 2.6. Mia. Fr. gehören den Pensionierten. Wenn die Kasse z.B. nur 2.5% Rendite erwirtschaftet, kann sie mit den Guthaben der Pensionierten lediglich 2.5% von 2.6 Mia. Fr., also 65 Mio. Fr., erwirtschaften, bräuchte aber 3.5% von 2.6 Mia. Fr., was 91 Mio. Fr. entspricht. Die Differenz von 26 Mio. Fr. fehlt dann den aktiven Versicherten. Statt 2.5% von 1.5 Mia. Fr., was 37.5 Mio. Fr. entspricht, können diesen nur 16.5 Mio. Fr. gutgeschrieben werden, was einer Verzinsung von bloss 1.1% entspricht. Die aktiven Versicherten zahlen folglich in dieser Konstellation mit dem Ertrag ihres Vermögens einen Teil der Renten der Pensionierten.

Liegt die erwirtschaftete Rendite der Pensionskasse noch tiefer, müssen irgendwann sogar Teile des Kapitals der aktiven Versicherten (also der erwähnten 1.5 Mia. Fr.) eingesetzt werden, um die Verzinsung der Guthaben der Pensionierten sicherzustellen. Da man aber auch den aktiven Versicherten nicht einfach Teile ihres persönlichen angesparten Kapitals wegnehmen darf, bedeutet das, dass die Kasse dann gegenüber den aktiven Versicherten ungedeckte Verpflichtungen hat, oder, wie man sagt, in *Unterdeckung* gerät. Geschieht dies, so müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer (und zu letzteren zählen nur die aktiven Versicherten, nicht aber die Pensionierten) durch zusätzliche Beiträge die Unterdeckung beheben – man spricht dann von einer *Sanierung*.

Auch die Verzinsung der Guthaben der aktiven Versicherten ist kein finanzmathematisch festgelegter Automatismus, sondern wird jährlich in jedem einzelnen Vorsorgewerk von der jeweiligen paritätisch zusammengesetzten Vorsorgekommission ausgehandelt. Im Falle des Vorsorgewerks des Kantons (in welchem sich mit Ausnahme der privaten Schulen wie dem KV alle Lehrpersonen inkl. Primar- und Musikschullehrpersonen befinden) gehört auch der Autor dieses Artikels der Vorsorgekommission an. Diese verfolgt nebst dem Ziel einer mög-

lichst guten Verzinsung auch dasjenige, eine Unterdeckung und damit die Notwendigkeit von Sanierungsmassnahmen zu vermeiden, denn Sanierungen sind für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen immer schmerhaft und teuer. Sollte eine Sanierung dennoch unvermeidlich werden, ist es ebenfalls Aufgabe der jeweiligen Vorsorgekommission, entsprechende Sanierungsmassnahmen auszuhandeln und zu beschliessen.

Von dem Guthaben, das ein bei einer Pensionskasse Versicherter bis zum Zeitpunkt seiner Pensionierung ange-spart hat, wird ihm jedes Jahr derselbe Prozentsatz als Rente ausbezahlt. Wie hoch dieser Prozentsatz, welcher *Umwandlungssatz* genannt wird, ist, hängt von zwei Grössen ab: der Lebenserwartung und dem technischen Zins-

**Werden keinerlei
Abfederungsmassnahmen getroffen,
so sinken die zukünftigen Renten
der aktiven Versicherten,
die nach 2022 pensioniert werden,
flächendeckend um 14%.**

satz. Sinkt der technische Zinssatz, so sinkt die jährliche Verzinsung des jeweils noch verbleibenden Anteils des Pensionsguthabens, und wenn man möchte, dass dieses trotzdem noch für gleich viele Jahre ausreicht, muss man den jährlich ausbezahlten Betrag senken, was bedeutet, dass der Umwandlungssatz gesenkt werden muss.

S

Senkung des technischen Zinssatzes und ihre Folgen

Am 4. Januar 2017 hat die Basellandschaftliche Pensionskasse BLPK bekanntgegeben, dass sie den technischen Zinssatz aufgrund der anhaltend tiefen Renditen, die derzeit auf dem Markt erwirtschaftet werden können, per 1.1.2018 von 3.0% auf 1.75% senkt. Wie soeben ausgeführt, muss daher auch der Umwandlungssatz gesenkt werden.

Mathematisch korrekt wäre eine Senkung von 5.8% auf 5.0%. Das bedeutete beispielsweise, dass ein zukünftiger Rentner, der bisher eine Jahresrente von 58'000 Fr. erwartet hätte, nur noch 50'000 Fr. erhielte, also rund 14% weniger. Die Senkung erfolgt allerdings nicht gleichzeitig mit der Senkung des technischen Zinssatzes, sondern in identischen monatlichen Schritten von jeweils 0.01666% im Verlauf der vier Jahre 2019 bis 2022. Diese Staffelung verhindert, dass jemand, der länger arbeitet, eine tiefere jährliche Rente erhält, als wenn er sich früher pensionieren lassen würde.

Da die Renten der bereits Pensionierten, wie eingangs erwähnt, gesetzlich gesichert sind, müssen deren Pensionsguthaben per 1.1.2018 auf einen Schlag so aufgestockt werden, dass sie trotz der zukünftig tieferen Verzinsung (1.75% statt 3.0%) bei gleich bleibender jährlicher Rente weiterhin über die gesamte Lebenserwartung der Pensionierten ausreichen. In den meisten der BLPK angeschlossenen Vorsorgewerken (z.B. bei den Spitälern und dem KV) führt dies zu einer Unterdeckung, die durch Sanierungsmassnahmen behoben werden muss.

Für das Vorsorgewerk des Kantons hat der Landrat im 2015 in Kraft getretenen neuen Pensionskassendekret die Schaffung einer Arbeitgeberbeitragsreserve im Umfang von 329 Mio. Fr. beschlossen. Nach gegenwärtigem Stand sieht es so aus, wie wenn diese gerade ausreichen würde, um die nun entstehende Unterdeckung zu decken, so dass dem Vorsorgewerk Sanierungsmassnahmen erspart bleiben. Dennoch hat die Senkung des Umwandlungssatzes auch für die aktiven Versicherten Konsequenzen.

D

Die Folgen der Senkung des Umwandlungssatzes

Werden keinerlei Abfederungsmassnahmen getroffen, so sinken die zukünftigen Renten der aktiven Versi-

cherten, die nach 2022 pensioniert werden, flächendeckend um die zuvor erklärten 14%. Dies ist umso dramatischer, als die Arbeitnehmenden bereits durch die Rentenreform 2015 massive Einbussen hinnehmen mussten. Am stärksten betroffen ist der Jahrgang 1966, der damals schon durchschnittlich 18% seiner Renten verloren hat. Kumuliert mit einem abermaligen Verlust von 14% ergäbe dies einen Gesamtverlust von nahezu 30%!

Arbeitnehmende, die in einer tiefen Lohnklasse eingereiht sind oder nicht während ihres ganzen Erwerbslebens zu 100% erwerbstätig sein konnten respektive können, sind damit *real* von Altersarmut bedroht. Besitzer von Wohneigentum werden damit rechnen müssen, dass die Banken einerseits auf gepfändete Pensionskassen-gelder zugunsten von Wohneigentum mehr Sicherheiten verlangen und an-

dererseits ihre Hypotheken nicht mehr verlängern werden, sodass sie ihr Haus oder ihre Eigentumswohnung verkaufen müssen. Andere werden ihre Mieten nicht mehr bezahlen können. Sollten dereinst die heute rekordtiefen Zinsen wieder ansteigen, wird sich die Situation weiter drastisch verschlimmern, denn einen Teuerungsausgleich auf laufende Renten wird es in Zukunft mit Sicherheit nicht mehr geben.

damit in Kauf zu nehmen, dass eine ganze Generation von Kantsangestellten statt des weiterhin propagierten Leistungsziels von 60% des letzten versicherten koordinierten Lohns in Wahrheit mit weniger als 40% des letzten versicherten koordinierten Lohns in Rente geschickt wird. Gerade auf den Goodwill respektive die Vernunft und das Augenmass des Landrats sind wir aber angewiesen: Wenn dieser nämlich *nichts* beschliessen sollte, tritt automatisch diese Nullvariante in Kraft!

So weit wie gewisse Parlamentarier möchte nicht einmal die Regierung gehen. Im Vorschlag, den sie in die Vernehmlassung geschickt hat, ist vorgesehen, die Senkung des Umwandlungssatzes künstlich zu halbieren. Dies bedeutet, dass die Regierung jedem ab 2019 Pensionierten zum Zeitpunkt der Pensionierung so viel zu-

A

Abfederungsmöglichkeiten: Nullvariante, Regierungsvariante, Variante der Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personal- verbände (ABP)

Etliche Landräte scheinen keinerlei Skrupel zu haben, dies einfach so geschehen zu lassen (Nullvariante) und

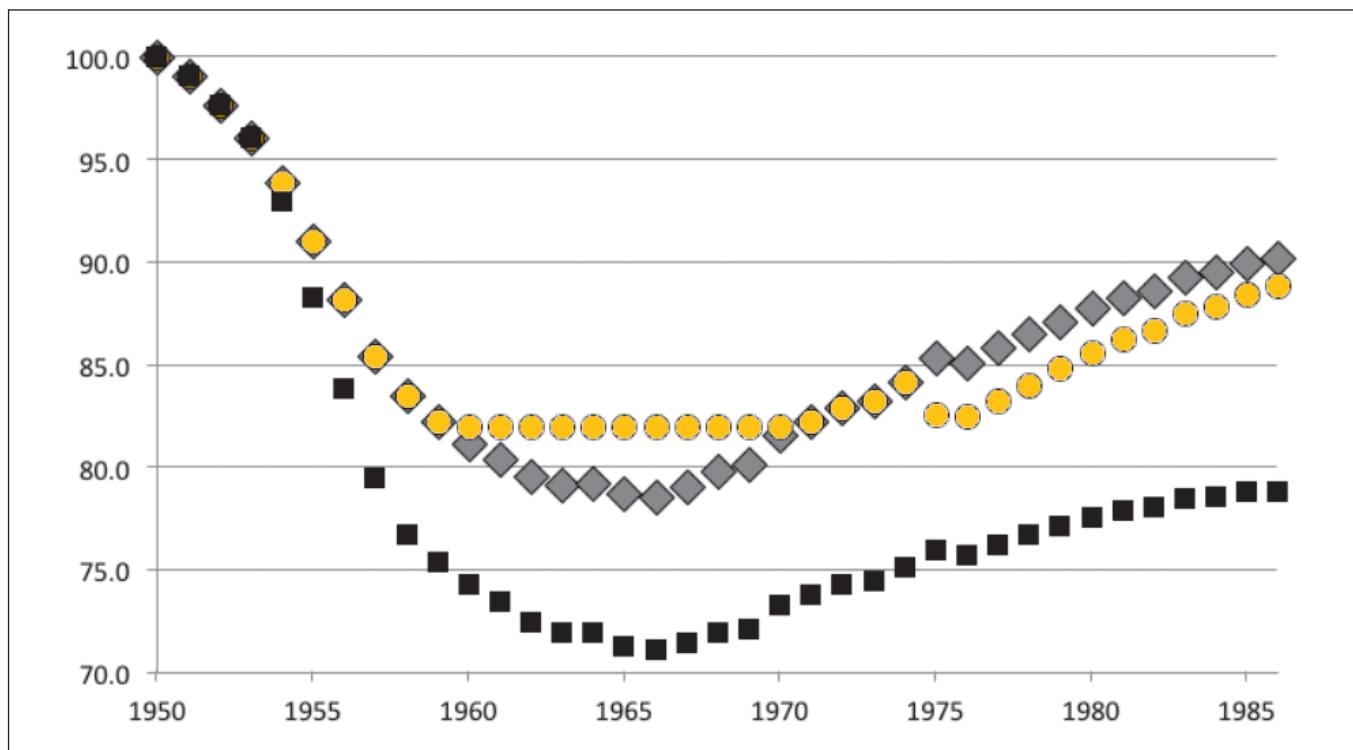


Abb. 1: Zu erwartende Rente in Prozent des 2014 im Pensionskassenausweis angegebenen Betrags, durchschnittlich nach Jahrgang.

- **schwarz** Nullvariante
- **grau** Regierungsvariante (die jederzeit auch wieder auf die schwarze Kurve fallen kann)
- **gelb** ABP-Variante

Pensionskasse

Die Senkung des Umwandlungssatzes (= Prozentsatz des angesparten Pensionskassenvermögens, das pro Jahr als Rente ausbezahlt wird) von 5.8% auf 5.0% führt, wenn Gegenmassnahmen ausbleiben, zu einer Senkung der jährlichen Renten um 14%.

- Bereits die letzte Reform von 2015 führte zu einer Senkung der Pensionskassenleistungen um bis zu 18%, am meisten betroffen sind die in den 1960er Jahren geborenen Versicherten. Kumuliert mit der abermaligen Senkung ergäben sich Rentenverluste von fast 30%.
- Die Regierung möchte die Hälfte dieser Senkung durch regelmässige Zahlungen des Kantons kompensieren, jedoch keine weiteren Abfederungsmassnahmen ergreifen. Für die am meisten betroffenen Jahrgänge ergäben sich aber weiterhin Gesamtverluste von bis zu 22%.
- Der Lösungsansatz der Regierung ist zudem ein ungedeckter Check, da der Landrat die regelmässigen Zahlungen jederzeit wieder einstellen könnte.
- Die basellandschaftlichen Personalverbände fordern daher
 1. die versicherungsmathematisch falsche Teilkompensation der Senkung des Umwandlungssatzes auf die Jahrgänge bis 1974 zu begrenzen
 2. durch Abfederungsmassnahmen dafür zu sorgen, dass keine Generation von Staatsangestellten kumulierte Verluste von über 18% auf ihren Renten erleidet. Dafür wären einmalige Ausgaben in der Höhe von 40.1 Millionen Franken nötig.

sätzliches Geld auf sein Pensionskassenkonto einzahlt, dass dieser gleich viel Rente erhält, wie wenn die Senkung des Umwandlungssatzes nur halb so gross gewesen wäre. Ab 2023 würde dann der scheinbare Umwandlungssatz 5.4% statt 5.0% betragen. Um die verbleibenden Verluste wenigstens teilweise auszugleichen, würden außerdem die Prämien um 1.4% angehoben. Auch dieser Vorschlag würde noch dazu führen, dass die 1960er-Jahrgänge kumulierte Renteneinbussen von bis zu 24% zu verzeichnen hätten und statt 60% weniger als 50% des letzten versicherten koordinierten Lohns als Rente erhalten würden.

Vor allem aber hat die Variante der Regierung folgenden gewaltigen Haken: Selbst wenn der Landrat die künstliche Erhöhung des Umwandlungssatzes beschliessen würde, gäbe es keinerlei Garantie dafür, dass diese auch in 20 oder mehr Jahren, wenn die Generation mit den grössten Rentenverlusten pensioniert wird, noch immer in Kraft wäre, könnte sie doch vom Landrat jederzeit per Dekretsän-

derung (und somit auch ohne die Möglichkeit einer Volksabstimmung) wieder abgeschafft werden. Die «Lösung» der Regierung ist deshalb in Wahrheit ein ungedeckter Check!

Die Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände ABP, welcher der LVB als mitgliederstärkster Verband angehört, stellt daher zwei Forderungen:

1. Es wird sichergestellt, dass kein Jahrgang einen durchschnittlichen Rentenverlust von mehr als 18% (verglichen mit 2014) hinnehmen muss. Dies entspricht dem Verlust, welchen die Reform von 2015 dem Jahrgang 1966 ohnehin schon beschert hat. Dafür müssten zusätzlich 40 Mio. Fr. bereitgestellt werden.
2. Die künstliche Anhebung des Umwandlungssatzes wird auf die Jahrgänge bis und mit 1974 begrenzt. Für die Jahrgänge ab 1975 werden die Prämien um 3.0% erhöht. Diese Forderung führt nur zu sehr geringen Mehrkosten und ist auf Dauer sogar günstiger als die Variante der Regierung.

Wie gross die Verluste für welchen Jahrgang je nach Variante würden, zeigt Abbildung 1: Die ABP-Variante ist zwar für die Jahrgänge ab 1975 leicht schlechter als die Regierungsvariante, allerdings besteht für diese Jahrgänge in der ABP-Variante dafür nicht das Risiko, dass der Landrat die künstliche Anhebung des Umwandlungssatzes auf 5.4% dereinst für beendet erklärt, womit diese Jahrgänge auf die Nullvariante herabfallen würden. Vorzuziehen ist sie auch aus Gründen der Generationengerechtigkeit.

W

Wie die ABP für ihre eigene Variante weibelt

Die Ausarbeitung einer eigenen Variante hat immerhin schon dazu geführt, dass diese im Entwurf der Landratsvorlage der Regierung (Vernehmlassungsfrist bis am 3. Oktober 2017) zumindest erwähnt ist – allerdings ohne jede Würdigung ihrer Vorzüge. Die Vertreterinnen und Vertreter der ABP lassen sich daher derzeit in die Sitzungen aller im Landrat vertrete-

nen Fraktionen einladen, um dort Werbung für ihre Variante zu machen.

Wer mehr und Genaueres wissen möchte, erfährt dies an der kommenden Delegierten- und Mitgliederversammlung des LVB am Mittwoch, 13. September 2017 (vgl. Einladung auf Seite 6).

K

Kündigungsrecht: Abstimmung bereits am 24. September!

In weniger als einem Monat stimmt die Baselbieter Bevölkerung über die Initiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» ab. Obwohl wesentliche Teile der Initiative vom Landrat für ungültig erklärt wurden und sich sowohl der Landrat (wenn auch denkbar knapp) wie auch die Regierung gegen die Initiative aussprechen, ist es absolut erforderlich, dass **jeder und jede von uns so viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wie möglich davon überzeugt, bei dieser Abstimmung ein NEIN in die Urne zu legen.**

Dem Heft, das Sie in den Händen halten, liegen 10 Abstimmungsflyer bei. Verwenden Sie diese, um bei in Basel-Land stimmberechtigten Personen für ein Nein zu werben, oder verteilen Sie sie in Briefkästen an einem selbst gewählten Ort in Basel-Land.

Eklatante Führungsmängel und daraus resultierende Konflikte mit höchst einseitiger Machtverteilung beschäftigen Beratung und Rechtshilfe des LVB schon heute in einem erschreckenden Ausmass. Kündigungen, de-

ren fehlende Rechtfertigung der LVB aufgrund der geltenden Gesetzeslage heute auf dem Rechtsweg noch feststellen und juristisch streitig machen kann, wären nach Annahme der Initiative samt und sonders rechtens. **Es gäbe keine anfechtbaren Kündigungen mehr!**

Landrat Balz Stückelberger rechtfertigte die Initiative gemäss der «Basel-landschaftlichen Zeitung»¹ damit, dass man beim Staatspersonal die faulen Eier aussortieren müsse und suggeriert dabei, dass es von denen im öffentlichen Sektor einen grösseren An-

Kündigungen, deren fehlende Rechtfertigung der LVB aufgrund der geltenden Gesetzeslage heute auf dem Rechtsweg noch feststellen und juristisch streitig machen kann, wären nach Annahme der Initiative samt und sonders rechtens.

Es gäbe keine anfechtbaren Kündigungen mehr!

teil gebe als in der Privatwirtschaft – Anhaltspunkte dafür hat er keine geliefert. Diese in Wahrheit raren faulen Eier werden sich jedoch auch weiterhin unter dem Radar durchmogeln, so wie sie es in der Privatwirtschaft auch tun. Potenzielle Leidtragende werden dagegen all jene sein, die sich getrauen, eine eigene Meinung einzubringen, und dabei das Pech haben, Vorgesetzten unterstellt zu sein, die solches nicht ertragen.

Auch auf die Unabhängigkeit unserer Arbeit hat die Initiative einen grossen Einfluss. Wir alle möchten unsere Schülerinnen und Schüler unabhängig und fair beurteilen und dabei niemanden bevorzugen oder benachteiligen. Eine Lockerung des Kündigungsrechts, wie sie von den Urhebern der Initiative «Für einen effizienten und flexib-

len Staatsapparat» vorgesehen ist, würde uns für Druckversuche einflussreicher Eltern oder Schulleitungen und Schulräte anfällig machen. Dies kann nicht im Interesse der grossen Mehrheit der Bevölkerung sein.

Über ihre direkten Auswirkungen hinaus wird diese Abstimmung auch zu einer grundsätzlichen Vertrauensfrage an die Bevölkerung über das Staatspersonal, die es im Hinblick auf künftige Abstimmungen unbedingt zu gewinnen gilt!

W

Was tut die ABP?

Dass im ganzen Kanton bereits 1000 Abstimmungsflyer hängen, die für ein Nein zur Initiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat vorgesehen ist» werben, dürfte Ihnen nicht entgangen sein.

Am 11. August hat die ABP zudem eine Medienkonferenz abgehalten, in der sie ihre Argumente für ein Nein noch einmal dargelegt hat. Mit dem Flyer, den Sie zusammen mit dem Heft in zehnfacher Ausführung erhalten haben, können Sie die Bemühungen der ABP weiter unterstützen.

Kündigungsrecht: Abstimmung bereits am 24. September!

NEIN!

- Am 24. September stimmen wir über die Initiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» ab. Sie verlangt, das Kündigungsrecht so weit wie möglich an das Obligationenrecht anzupassen.
- **Bei einer Annahme der Initiative bräuchte es für eine Kündigung keine wesentlichen Gründe mehr.**
- Ohne einen wirksamen Schutz vor willkürlichen Kündigungen kämen die Staatsangestellten inklusive die Lehrkräfte unter Druck, gewisse Personen auf Geheiss ihrer Vorgesetzten bevorzugt zu behandeln. Dies könnte sich beispielsweise bei Übertritts- und Beförderungsentscheiden auswirken.
- Gleichzeitig ist die Abstimmung auch ein Plebisit über das Vertrauen der Bevölkerung in die Staatsangestellten, deren Stellung im Landrat bei einer Annahme der Initiative weiter unter Druck geriete.
- Verteilen Sie die dem Heft beiliegenden Flyer und tragen Sie damit mit dazu bei, dass die Bevölkerung mehrheitlich davon überzeugt werden kann, die Initiative abzulehnen!

L

Lohnentwicklung und Lohntransparenz

In vorauselendem Kniefall vor den Jüngern des neoliberalen Zeitgeists versucht die Finanz- und Kirchendirektion FKD derzeit, eine Revision des Lohnsystems durchzuboxen, deren einziges Ziel in Wahrheit darin besteht, **die Lohnsumme des Kantons jederzeit an die Budgetvorgaben des Landrats anpassen zu können**. Mit viel Geschwurbel wird das hehre Ziel beschworen, «qualifizierte und engagierte Mitarbeitende zu halten und marktgerecht zu entlohen», nur um kurz darauf festzuhalten, dass inskünftig politisch gesteuert werden solle, wie viele Mitarbeitende von ihren Vorgesetzten als qualifiziert und engagiert wahrgenommen werden dürfen.

Um nachzuweisen, dass nur ein System, das die bisher bekannten Erfahrungsstufen abschafft und durch stufenlose sogenannte «Lohnbänder» ersetzt, geeignet sei, um die vorgeschenbenen Ziele zu erreichen, schrekt die Projektleitung auch nicht davor zurück, Mitberichte schönzufärben und die eigenen Modellbewertungen

nachträglich zu frisieren. Die Frage, wie man die Leistung der Mitarbeitenden so bewertet, dass es auch von diesen selbst als fair und transparent wahrgenommen wird, bleibt unbeantwortet. Mit politisch verordneten schlechten Bewertungen im MAG wird dies sicher nicht gelingen, eine nachvollziehbare Lohnentwicklung und damit die Lohntransparenz jedoch bleiben auf der Strecke!

Erst vor wenigen Monaten hatte die FKD noch beteuert, die Lehrpersonen sollten auch im neuen System grundsätzlich dieselbe Lohnentwicklung mittels Erfahrungsstufen haben wie bisher, da eine faire Leistungshonorierung unserer Arbeit als nicht praktikabel gilt. Auch diese Zusicherung ist jedoch bereits wieder Makulatur geworden, nachdem nämlich die BKSD ihrerseits im Mitberichtsverfahren befunden hat, ein Lohnsystem, das fast die Hälfte aller Kantonsangestellten (nämlich uns Lehrerinnen und Lehrer) anders behandle, sei nicht umsetzbar. Im Regierungsratsbeschluss (RRB) vom 13. Juni 2017 hiess es auf einmal: «Grundsätzlich soll das Detailkonzept unter der Annahme ausgearbeitet werden, dass alle Mitarbeitenden, die heute in eine Lohnklasse eingereiht

sind, zukünftig in das stufenlose Lohnband-System überführt werden.»

Sollte dieser Plan umgesetzt werden, dann erwarten Sie in wenigen Jahren MAGs, in welchen Ihre Schulleiterin resp. Ihr Schulleiter über Ihre persönliche Lohnentwicklung befinden wird. Um etwas einführen zu wollen, das anderswo schon längst grandios gescheitert ist, ist im sonst dauerklammen Baselland offenbar immer Geld vorhanden.

W

Was tut die ABP?

Auch in Sachen Lohnrevision hat sich die Regierung einer Verhandlung, die diesen Namen verdient hätte, verweigert. Indem sie die Inhalte der Rückmeldungen Ihrer Direktionen erst selbst diktierte und dann die immer noch deutlich durchscheinende Kritik an ihren unausgegorenen Plänen in eine «mehrheitliche Zustimmung» umdeutete, hat sie sich quasi selbst dazu ermächtigt, ihre widersprüchlichen Pläne weiterzuverfolgen.

Auch hier wird es darum gehen, Landratsmitglied für Landratsmitglied

Revision von Lohnsystem und MAG

- Die Regierung arbeitet daran, unser auf Erfahrungsstufen basierendes Lohnsystem durch ein System mit einer leistungsabhängigen Lohnkomponente zu ersetzen. Auch das Mitarbeitergespräch soll auf lohnrelevante Leistungsbewertung hin angepasst werden.
- Das vorgegebene Ziel besteht darin, Mitarbeitenden mit ungenügender Leistung nicht automatisch Jahr für Jahr eine Lohnerhöhung zu gewähren. Dies wäre allerdings auch schon im heutigen Lohnsystem möglich.
- Das tatsächliche Ziel ist es, die Lohnentwicklung flexibel an die Staatsfinanzen anpassen zu können. Es handelt sich also primär um eine Sparübung.
- Auch diese unheilvolle Entwicklung kann nur über den Landrat gestoppt werden.
- **Beteiligen Sie sich daher an unserer Aktion «Stiller Protest im Landrat» sowie an unserer Veranstaltung am Mittwoch, 8. November 2017, ab 19 Uhr in der Mittenza in Muttenz! Auf unserer Homepage und via unseren Newsletter erhalten Sie hierzu jeweils die aktuellen Informationen.**

oder allenfalls auch die Bevölkerung von der Absurdität dieses Unterfangens zu überzeugen, und im Übrigen auch einmal einer breiteren Öffentlichkeit vor Augen zu führen, wie der Kanton der Kirschbäume zu einer Republik der Bananenstauden transformiert wird.

Und schliesslich:

Um ganz generell der Politik, aber auch der Bevölkerung die Botschaft zu vermitteln, dass es so nicht mehr weitergehen kann, sind zwei weitere Aktionen geplant: Eine grosse ABP-Kundgebung am 8. November 2017 in der Mittenza Muttenz sowie «stiller Protest» im Landrat.

Eine Kundgebung «unter Dach» hat neben der Wetterunabhängigkeit den Vorteil, dass man hierzu auch gezielt Politikerinnen und Politiker einladen kann, wobei deren Voten unter aufmerksamer Beobachtung der Medien stehen. Auf diese Weise ist es vor nunmehr bereits über zehn Jahren beispielsweise gelungen, den damaligen Finanzdirektor Adrian Ballmer von der Einführung eines Leistungslohns abzubringen.

Zur Teilnahme am «stilen Protest» im Landrat haben wir Sie bereits per Newsletter eingeladen (einmal mehr bitten wir an dieser Stelle alle, die noch keinen LVB-Newsletter erhalten, sich für den künftigen Erhalt desselben mit einer E-Mail an info@lrb.ch anzumelden). Wer die Möglichkeit hat, an einem Donnerstagvor- oder -nachmittag zwei oder drei Stunden einer Landratssitzung beizuwohnen, ist herzlich eingeladen, dies doch bitte zu tun! Anmelden kann man sich auf unserer Homepage www.lrb.ch (direkter Link: <https://www.lrb.ch/de/Aktuell/StillerProtestImLandrat.php>).

Die Zeiten, während derer Arbeitgeber wie der Kanton Baselland sich selbstverständlich auch für das Wohlergehen ihrer Angestellten zuständig fühlten, sind vorbei. So wie unsere Gross- und Urgrosseltern für die Schaffung sozialer Sicherheit hatten kämpfen müssen, müssen nun auch wir wieder kämpfen: Für ein Altern in Würde, für den Schutz vor Vorgesetztenwillkür und für eine Politik, die sich wieder daran erinnert, dass es die Staatsangestellten sind, die ein funktionierendes Gemeinwesen überhaupt erst möglich machen. Wenn wir uns jetzt nicht wehren, sind dem zukünftigen sozialen Abstieg keine Grenzen mehr gesetzt!

Wir schützen Sie - Schützen Sie uns!



**NEIN zu
willkürlichen
Kündigungen !**

24. September



**NEIN zur Initiative
„Für einen effizienten
und flexiblen Staatsapparat“ !**

Die Digitalisierung der Baselbieter Schulen

Grosse Herausforderungen und offene Fragen

Von Philipp Loretz



Aufbruchstimmung herrscht: «Notebooks für alle»¹, «High-tech macht Schule»², «Kein Handyverbot mehr für Schüler»³, «Wie Informatik Schule macht»⁴. Die Digitalisierung der Schulen – und damit eine der voraussichtlich grössten, folgenreichsten und kostspieligsten Veränderungen in unserem Bildungswesen – hat begonnen: «Das Update der Schule läuft»⁵. Auch im Kanton Baselland laufen die Bestrebungen, den Sprung ins digitale Schulzeitalter erfolgreich zu meistern, auf Hochtouren. Der vorliegende Artikel spürt spezifisch den Baselbieter Fragestellungen und Knackpunkten in konzeptioneller, finanzieller, aber auch pädagogisch-didaktischer Hinsicht nach.

Rückblende

Im Jahr 2012 erkannte der damalige Bildungsdirektor Urs Wüthrich-Pelloli den Ernst der Lage. Er musste einräumen, dass der Kanton Baselland im Vergleich zu den umliegenden Kantonen im Bereich IT-Infrastruktur deutlich ins Hintertreffen geraten war. Wüthrich gelobte öffentlich Besserung⁶, und auch der Bericht der landrätlichen Bildungs-, Kultur- und Sportkommission BKSK vom 1. Dezember 2013⁷ unterstrich die Notwendigkeit eines energischen Vorgehens: «An einigen Sekundarschulen sei ein normales Arbeiten mit Computern [...] kaum möglich. [...] Mit dem angepeilten Standard sei man aber immer noch im Bereich des «unteren Mittelklassewagens». Alle umliegenden Kantone haben diesen Standard bereits.»

Am 21. Mai 2013 stimmte der Landrat der Vorlage «Umsetzung IT-Strategie für den pädagogischen Bereich der Schulen – kurz: dem Projekt IT.SBL» zu und bewilligte einen Verpflichtungskredit von 10.9 Millionen Franken für die Umsetzung der ersten Etappe der IT-Strategie in den Jahren 2014 bis 2019.

Was bisher geschah

Seit dem Startschuss ist einiges erreicht worden, wie Christoph Straumann, Leiter Stab Informatik BKSD, gegenüber dem LVB im Interview «Fragen und Antworten zum neuen Informatikzeitalter an unseren Schulen»⁸ ausgeführt hat. So wurden beispielsweise alle Sekundarschulen an das Glasfasernetz angeschlossen und bis Ende 2017 werden sämtliche Unterrichtsräume mit WLAN abgedeckt sein. Der unkomplizierten Nutzung von Tablets, Laptops und Smartphones sollte damit nichts mehr im Wege stehen – möchte man meinen.

Doch der Zug ist ins Stocken geraten. Das «aus heutiger Sicht zukunftssträchtigste Konzept «One2One»⁹ verzögert sich. Insbesondere die Fremdsprachenlehrpersonen, die mit obligatorischen Lehrmitteln arbeiten müssen, welche den ICT-Einsatz als integralen Bestandteil voraussetzen, haben sich weiter zu gedulden.

Projekt «One2One» lässt auf sich warten

Laut Stab IT.SBL ist der Projektauftrag für das Konzept «One2One», welches vorsieht, dass die Schule jedem Sekundarschüler und jeder Sekundarschülerin ein persönliches ICT-Gerät zur Verfügung stellt, noch nicht bewilligt worden (Stand: 23.8.17). Man sei aber auf gutem Wege.

Zudem kann der ursprüngliche Zeitplan für die *Pilotphase* «Digitale Lernbegleiter an den kantonalen Schulen» nicht ganz wunschgemäß eingehalten werden. Bis an den Pilotenschulen alle Testklassen mit IT-Geräten ausgerüstet sind und für das ambitionierte «One2One»-Projekt erstes Steuerungswissen sammeln können, dürfte es November werden.

Aus Fehlern gelernt

Man muss der Projektleitung zugute halten, dass sie erst nach der sorgfältigen Durchführung des Pilots entscheiden will, ob eine 1:1-Ausrüstung tatsächlich zielführend ist. Das Bestreben, den Steuerfranken umsichtig und vor allem nachhaltig zu investieren, ist erkennbar. Das ist keine Selbstverständlichkeit.

Zu oft schon haben euphorisierte Reformhektiker vermeintlich verheissungsvolle Schulversuche flächendeckend eingeführt, ohne diese vorher seriös auf Herz und Nieren geprüft zu haben. In der Folge konnten Ziele und Verspre-

Dem LVB ist es ein grosses Anliegen, dass ein sinnvoll ausgestalteter digitaler Wandel auch im Kanton Baselland gelingt.

chungen nicht annähernd erreicht respektive eingelöst werden. Millionen von Steuergeldern aber waren bereits unwiederbringlich im Treibsand der Reformwüsten verschickt. Man denke hierbei z.B. an die Entsorgung der Sprachlabors, an das Englischlehrmittel-Fiasko in Zürich¹⁰ oder an den immer grösser werdenden «Optimierungsaufwand» des Projekts Passepartout.

The elephants in the room¹¹

Neben einer seriösen Pilotphase und einem funktionierenden Controlling ist der Erfolg eines jeden Projektes abhängig von der Fähigkeit der Verantwortlichen, unübersehbar schwierige Aspekte, die am liebsten niemand zur Sprache bringen möchte, offen zu diskutieren, egal wie unangenehm die Auseinandersetzung mit dem Elefanten oder – im Falle der Digitalisierung – mit einer ganzen Elefantenherde im Raum sein mag.

Dass der LVB es als seine Pflicht ansieht, die Dickhäuter rechtzeitig beim Namen zu nennen, darf nicht dahinge-

hend interpretiert werden, dass er die Digitalisierung und deren Chancen per se in Frage stellen würde. Im Gegenteil: Dem LVB ist es ein grosses Anliegen, dass ein sinnvoll ausgestalteter digitaler Wandel auch im Kanton Baselland gelingt. Garanten für den Erfolg sind u.a. ein schrittweises und schülergerechtes Vorgehen, funktionierende und regelmässig gewartete Endgeräte in genügender Zahl und eine langfristig gesicherte Finanzierung.

Elefant #1: unterschiedliche Betriebssysteme

Erfahrene IKT-Lehrpersonen auf der Sek I äussern Bedenken: Sollten am gleichen Schulstandort verschiedene Betriebssysteme verwendet werden, würde dadurch das produktive Arbeiten erschwert. Ihrer Einschätzung nach wären viele Lehrpersonen und Lernende überfordert, da sich in der Praxis die meisten Menschen bewusst für eine Plattform entscheiden und sich entsprechend daran gewöhnen. Lehrpersonen, die mit den Kniffs und Tricks mehrerer Betriebssysteme vertraut sind, stellen die Ausnahme dar. Ganze Kollegien für den Umgang mit Windows-, OSX- oder gar



Buchempfehlung

Anitra Eggler

«Mail halten!»

Die beste Selbstverteidigung gegen Handy-Terror, E-Mail-Wahnsinn & digitale Dauerablenkung

Raus aus dem digitalen Hamsterrad! Das Leben entschleunigen, Stress reduzieren, Handyhörigkeit ablegen, ständige Erreichbarkeit unterbinden und endlich wieder die Kussbilanz verbessern – dieses Buch zeigt, wie's geht! Es eröffnet Ihnen einfache Wege aus der digitalen Leibeigenschaft und hält über 100 Digital-Detox-Tipps für einen Alltag ohne E-Mail-Flut und Digitalisierungswahnsinn bereit. Schonungslos ehrlich, gnadenlos charmant, ausnahmslos effektiv: eine Anstiftung zur digitalen Selbstverteidigung, ein Plädoyer für einen smarten Mix aus on- und offline, das Buch für mehr Lebenszeit und Lebensglück, für mehr Erfolg und Arbeitsspass!

Anitra Eggler ist eine deutsche Journalistin, Autorin, Vortragsrednerin und – wie sie sich selbst bezeichnet – Digital-Therapeutin aus Liebe zum Web.

Linuxrechnern weiterzubilden, wäre schlecht investiertes Geld.

Mit dem Pilotversuch ist das Durcheinander aber leider schon vorprogrammiert. Die Testklassen werden entweder mit iPads oder Windows-Rechnern ausgerüstet, auch wenn die gesamte Infrastruktur einer Schule auf OSX basiert. Fotokurs mit OSX, Schreibanlass mit Windows 10, Wortschatztraining mit iOS: Das ist angesichts der überraschend bescheidenen IT-Kompetenzen, welche eine kürzlich veröffentlichte Studie¹² den sogenannten *digital natives* attestiert, ein *Overkill*, den es unbedingt zu vermeiden gelten sollte.

Elefant #2: Hardware-Software-Teufelskreis

Bereits vor Jahren setzte ein renommierter deutscher Verlag auf die Produktion digitaler Lernangebote. Die Produkte floppten aus einem einfachen Grund: Die Schulen verfügten über viel zu wenige Endgeräte. In der Schweiz zeigen sich die Verlage deshalb (noch) zögerlich: Digitale Angebote, welche Übungs- und Lernformen bieten, die mit herkömmlichen Lehrmitteln in Printform nicht zu schaffen sind, fristen nach wie vor ein Mauerblümchen-Dasein.

Die Logik der Verlage ist simpel: Solange die Schulen nicht über genügend ICT-Geräte verfügen, lohnt sich die kostspielige Entwicklung digitaler Lernangebote nicht. Umgekehrt zögern die Kantone damit, ihre Schülerinnen und Schüler flächendeckend mit persönlichen Geräten auszustatten, weil deren Möglichkeiten wegen des ungenügenden Angebots an geeigneter Lernsoftware nicht voll ausgeschöpft werden können. Ein Teufelskreis, den es zu durchbrechen gilt.

Elefant #3: Support vor Ort

Für den Support vor Ort werden ausschliesslich die Projektverantwortlichen entschädigt. Alle anderen Personen «ar-

beiten im Projekt der Schule im Rahmen ihrer Anstellung an der Schule mit»¹³ – im Klartext: Für sie stehen *keine* zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung. Idealismus (sic!) sei gefragt.

Auch wenn der Stab IT.SBL die Geräte künftig zentral von Liestal aus aufzusetzen und upzudaten plant: Sollte der einst die «One2One»-Ausstattung Realität werden, sähen sich die IT-Verantwortlichen mittelgrosser Sekundarschulen noch immer mit der zumindest partiellen Wartung von zirka 400 Geräten im schulischen Tagesgeschäft konfrontiert – möglicherweise gar mit unterschiedlichen Betriebssystemen. In der Privatwirtschaft wäre eine solch miserabale Ressourcierung undenkbar. Von den Fachlehrpersonen zu erwarten, sie würden streikenden Geräten kurz einmal während der Deutsch- oder Musikklection auf die Sprünge helfen, ist illusorisch, da schlicht nicht praktikabel.

Elefant #4: Konfliktpotenzial Eltern

Eine der meistgestellten Fragen an Elternabenden zum Thema «Umgang mit modernen Medien» lautet: Wie können Eltern ihre Kinder unterstützen, den Medienkonsum, insbesondere die exzessive Nutzung von Smartphones, in den Griff zu bekommen? Manche Eltern setzen auf eine Begrenzung des monatlichen Datenvolumens, andere beschränken die Nutzungszeit des heimischen WLANs, damit sich ihre Kinder in der handylosen Zeit vollständig auf ihre Hausaufgaben und Prüfungsvorbereitungen konzentrieren können.

Nicht nur jene Eltern, die dem Wisch- und Tippzeitalter generell kritisch gegenüberstehen, dürften Mühe damit haben, wenn ihnen die Schule noch mehr ICT-Geräte «bescherte» und verlangte, dass diese auch zuhause intensiv genutzt werden. Bildschirmlose Abende, Wochenenden oder gar Ferien, welche Fachleute wegen der grassieren-

Ablenkungspotenzial:
Wie es gelingen kann, den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, ihre IT-Geräte als Lernbegleiter – also primär als Arbeitsgeräte – nutzen und schätzen zu lernen, wird der Pilot hoffentlich aufzeigen.



FOTOLIA

den digitalen Vereinnahmung der Kinder vermehrt empfehlen, wären nur noch schwer organisierbar. Der Eingriff der Schule in die Erziehungskonzepte der Eltern birgt ein nicht zu unterschätzendes Konfliktpotenzial.

Elefant #5: Ablenkungspotenzial

Der Autor dieses Artikels war wenig überrascht, als die Mehrheit einer ehemaligen Klasse anlässlich einer Projektwoche zum Thema «Lernen lernen – gewusst wie» die Frage, was den Schülerinnen und Schülern beim produktiven Arbeiten zuhause denn am meisten helfen würde, wie folgt beantwortete: «Wir könnten dann effizient lernen, wenn es uns gelänge, das Smartphone während der Lernphasen wegzulegen oder zumindest in den Flugmodus zu versetzen.»

Es folgte ein kleines Lernexperiment: 10 Tage lang wollten die Schülerinnen und Schüler versuchen, während der Lernzeit zuhause bewusst auf ihr Smartphone zu verzichten, um sich ungestört auf ihre Arbeit konzentrieren zu können. Kein *Bi-Bing* sollte den Dopaminspiegel im neuronalen Belohnungssystem in Erwartung einer tollen Nachricht in die Höhe schnellen lassen. Das ultimative Instagrambildchen des Angebeteten und der neuste, supercoole musical.ly-Clip sollten konsequent aussen vor bleiben.

In der anschliessenden Auswertung räumten die meisten Schülerinnen und Schüler ein, dass es ihnen nur selten gelungen war, ihr Smartphone in einen anderen Raum zu legen, während sie die Hausaufgaben erledigten oder sich auf Prüfungen vorbereiteten. Nicht wenige gaben offen zu, dass sie es noch nicht einmal geschafft hätten, den Flugmodus zu aktivieren.

Weitgehend offene Geräte, auf denen auch die einschlägigen *social media apps*, die Lieblingsgames, die persönli-

che Foto- und Videosammlung und vieles mehr installiert werden dürfen, würden im Unterricht zweifellos für permanente Ablenkung sorgen. Sollte sich die von LCH-Präsident Beat Zemp befürwortete *Bring-your-own-device*-Strategie durchsetzen¹⁴, würde dadurch der pädagogische Auftrag, «die z. T. problematischen ausserschulischen Nutzungsmuster von ICT und Medien [...] mit positiven Nutzungserfahrungen»¹⁵ zu kontrastieren, voraussichtlich erheblich erschwert.

Hand aufs Herz: Haben Sie Ihr Smartphone in der letzten Sitzung wirklich ausschliesslich als Arbeitsgerät genutzt? Wie viel Zeit Erwachsene für die digitale Kommunikation verlieren, führt einem Anita Eggler, Digital-Therapeutin aus Liebe zum Web, in ihrem Buch bzw. Vortrag «Mail halten!» eindrücklich vor Augen.¹⁶

Der LVB begrüßt deshalb die Stossrichtung der «One2One»-Projektverantwortlichen, welche bezüglich Softwareausstattung folgenden Grundsatz vorschlagen: «So viel wie nötig, so wenig wie möglich.» Die Diskussion um die Frage, «wie zu oder offen ein persönliches Gerät für Schülerinnen und Schüler»¹⁷ sein soll, zeigte allerdings, dass die Meinungen der an der «Kick-off-Veranstaltung» Teilnehmenden diesbezüglich weit auseinandergehen.

Wie es gelingen kann, den Schülerinnen und Schülern zu vermitteln, ihre vom Kanton zur Verfügung gestellten IT-Geräte als Lernbegleiter – also primär als Arbeitsgeräte – nutzen und schätzen zu lernen, wird der Pilot hoffentlich aufzeigen.

Elefant #6: Finanzierung ungewiss

Es ist davon auszugehen, dass die Lebensdauer der Laptops, welche die Lernenden täglich mit sich herumtragen und sowohl im Unterricht als auch zuhause rege nutzen,

SE:MI: SELBSTEVALUATION MEDIEN UND INFORMATIK

Ausgewählte Beispiele aus dem rund 150 Fragen starken Befragungstool

- Ich kann Schüler/innen/n zeigen, wie sie ihr persönliches Gerät so einstellen können, dass die Software auf dem neuesten Stand bleibt und das Gerät wenig Sicherheitslücken hat.
- Ich kann mit Schüler/inne/n Zukunftsszenarien entwickeln, wie sich verschiedene Informationsmedien in Zukunft weiterentwickeln könnten.
- Ich kann Schüler/inne/n anleiten, eine gemeinsame Klassenhomepage oder einen Klassenblog technisch aufzusetzen.
- Ich kann Schüler/inne/n verständlich machen, welche Bedeutungen unterschiedliche Medien heute für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik haben.
- Ich kann mit Schüler/inne/n Unterrichtsprojekte durchführen, mit denen sie lernen, wie Werbung gemacht wird und erfahren, mit welchen Mechanismen Werbung wirkt.
- Ich kann Schüler/inne/n zeigen, wie sie geeignete Open-Source-Programme finden können, mit denen sie Multimediabeiträge für das nächste Schulfest produzieren können.
- Ich kann Schüler/innen für Gefahren von Cybermobbing und Cyberbullying sensibilisieren und ihnen sinnvolle Strategien vermitteln, wie sie als Betroffene und Beistehende reagieren können.
- Ich habe eine Vorstellung von relationalen Datenbanken und kann einfache Abfragen mit einer Datenbanksprache (z.B. SQL) schreiben.
- Ich kann Schüler/inne/n anhand von Unterprogrammen und Parametern das Prinzip der Modularisierung erklären.

<http://semifragebogen.ch>

kaum mehr als drei Jahre betragen dürfte. Dies würde bedeuten, dass der Kanton jeden Jahrgang, der an die Sekundarstufe I übertritt, mit neuen IT-Geräten bestücken müsste. Im laufenden Schuljahr 2017/18 besuchen 7586 Schülerinnen und Schüler die Regelklassen. Pro Jahrgang sind das folglich rund 2500 Lernende, die beim Übertritt an die Sek I mit persönlichen Geräten ausgerüstet werden müssten. Kostenpunkt: zwischen 750'000 CHF (300 CHF pro Gerät) und 875'000 CHF (350 CHF pro Gerät) jährlich.

Man darf gespannt sein, ob der vom Sparhammer dominierte Kanton Baselland gewillt ist, seine IT-Infrastruktur auf dem Niveau eines «unteren Mittelklassenwagens»¹⁸ zu halten und auch in Zukunft bereit ist, die dafür notwendigen finanziellen Mittel zu sprechen. Eines steht fest: Mit untermotorisierten Kleinwagen könnte er den umliegenden Kantonen das Wasser definitiv nicht mehr zu reichen. Auf der digitalen Autobahn müsste er sodann mit dem Pannenstreifen Vorlieb nehmen.

Elefant #7: Nachqualifikation der Lehrpersonen

Damit die Lehrpersonen ihren persönlichen IT-Fortbildungsbedarf einschätzen können, stellt ihnen der Stab IT.SBL ein Werkzeug zur Verfügung, das eine massgeschneiderte Selbstevaluation ermöglicht; zu finden auf <http://semifragebogen.ch>. Der Zeitaufwand von 30 Minu-

ten ist eine lohnenswerte Investition. Sie erhalten einen detaillierten Überblick über Ihre Kenntnisse in diesen drei spezifischen Teilbereichen:

- **Anwendung:** Handhabung, Recherche und Lernunterstützung, Produktion und Präsentation
- **Medien:** Leben in der Mediengesellschaft, Medien und Medienbeiträge verstehen und produzieren, mit Medien kommunizieren und kooperieren
- **Informatik:** Datenstrukturen, Algorithmen, Informatiksysteme

Es ist offensichtlich: Aufgrund der Fülle der IT-Kompetenzen, die der Kanton mittelfristig von den Lehrpersonen erwartet, ist der Weiterbildungsbedarf – ohne zu übertreiben! – gewaltig. Wo der Kanton die dafür notwendigen Ressourcen angesichts der klammen Finanzen hernehmen will, ist ungeklärt. Ein weiteres «Weiterbildungsressourcierungsdebakel» analog MINT- und Fremdsprachenlehrpersonen – ursprünglich hatte der Kanton gar nichts an deren verpflichtende Weiterbildungen zahlen wollen – kann sich der Arbeitgeber Baselland nicht leisten.

Aus politischen Gründen scheint es derzeit unwahrscheinlich, dass umfassende obligatorische Weiterbildungen ver-

Aufgrund der Fülle der IT-Kompetenzen, die der Kanton mittelfristig von den Lehrpersonen erwartet, ist der Weiterbildungsbedarf – ohne zu übertreiben! – gewaltig.

ordnet werden. Die Frage bleibt, wie die ambitionierten, teilweise auch zu hoch gesteckten Ziele der IT.SBL dann erreicht werden sollen.

All-in oder Downsizing?

Ginge es nach den Vorstellungen von Linda Liukas, einer angesagten finnischen Programmiererin, dann stellten die Programmiersprachen die kommende Universalsprache dar, dann müsste jedes Primarschulkind programmieren können, um dazu fähig zu sein, eine «neue Welt» zu erschaffen, «die gleichzeitig wundervoll, skurril und manchmal ein bisschen sonderbar ist.»¹⁹

An derart radikalen Aussagen scheiden sich die Geister. Konrad Paul Liessmann, Wiener Philosophie-Professor und

standhafter Verteidiger eines humanistisch geprägten Bildungssystems, mahnt dazu, «einmal prinzipiell über die Sehnsucht von Erwachsenen, Kinder und Jugendliche mit Wunschprojektionen aller Art zu überschütten, nachzudenken.»²⁰

Wie dem auch sein mag: Die Frage, wie es uns gelingen wird, Schülerinnen und Schülern dabei zu helfen, sich im neuen IT-Zeitalter über Wasser zu halten, ohne dabei das Kind mit dem digitalen Bade auszuschütten, wird uns alle intensiv beschäftigen; als Lehrpersonen, aber auch als Eltern oder Grosseltern.

¹ <https://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/region/notebooks-und-wlan-fuer-alle/story/29635168>

² Susanne Loacker: Hightech macht Schule, Beobachter Bildung, 17.08.2017, <https://www.beobachter.ch/bildung/schule/digitalisierung-hightech-macht-schule>

^{3, 14} Yannick Nock: Das Handyverbot für Schüler wird gestrichen – mit einem Hintergedanken, Schweiz am Wochenende, 19.08.2017 <http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/08/zurich-erlaubt-handys.html>

⁴ <https://www.bluewin.ch/de/news/inland/2017/8/10/wie-informatik-schule-macht-bd.html>

⁵ Tobias Hänni: Das Update der Schulen läuft, St. Galler Tagblatt, 13.08.2017, <http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/das-update-der-schulen-laeuft;art509043,5056346>

⁶ Benjamin Wieland und Michael Nittnaus: Technik-Notstand: Wüthrich packt endlich IT-Problem in Schulen an, bz, 15.11.2012, <https://www.baselandschaftlichezeitung.ch/basel/baselbiet/technik-notstand-wuethrich-packt-endlich-it-problem-in-schulen-an-125607117>

^{7, 18} <https://www.baseland.ch/politik-und-behorden/landrat-parlament/geschafte/geschafte/geschaftsliste/2013-mai-juni-144-bis-258/vorlage/2013-176.pdf>

^{8, 9} https://www.lvb.ch/docs/magazin/2016-2017/03_Februar_2017/24_IT-SBL-SAL-BYOD-Fragen-Antworten-Informatikzeitalter-an-Schule_LVB_1617-03.pdf

¹⁰ Philipp Loretz: Schöne «neue» Fremdsprachendidaktik: Teil 2: Behauptungen und Repliken, lvb.inform 2016/17-01, 01.09.2016, https://www.lvb.ch/docs/magazin/2016-2017/01_September_2016/35_Schoene-neue-Fremdsprachendidaktik-Teil2-Behauptungen-Repliken_LVB_1617-01.pdf

¹¹ englische Redewendung

¹² Jochen Siegle: Digital natives werden überschätzt, NZZ, 03.08.2017 <http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/08/digital-natives-werden-uberschatzt.html#more>

^{13, 17} Präsentation, Kick-off Pilotphase «Digitaler Lernbegleiter», Veranstaltung vom 8. Mai 2017, Pratteln

¹⁵ N:\Lka\Wp\Rrb_archiv\2013\04-23\BKSD\VV-LRV ICT an der Primarschule_20130416.doc

¹⁶ Anita Egger, «Mail halten!», <https://www.youtube.com/watch?v=P0HPHAnFtVo> <https://www.srf.ch/play/tv/aeschbacher/video/anitra-egger?id=c1f0ea63-536c-4c7f-8e84-dffbebcc5bc4>

¹⁹ https://www.ted.com/talks/linda_liukas_a_delightful_way_to_teach_kids_about_computers?language=de

²⁰ Konrad Paul Liessmann: Naive Natives, Neue Zürcher Zeitung, 18.08.2017, <http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/08/naive-natives.html>

Perlenfischen

Perle 2: «Den Volksschulen drohen die Kinder abhandenzukommen»

Wo: NZZ am Sonntag

Wer: Carl Bossard

Wann: 16. Juli 2017

«Addition ist eine der Kennziffern unserer Zeit. Die Devise: mehr und immer mehr. Doch Gewinn ist meist mit Verlust verbunden und Abnahme stets auch mit Zunahme. So lautet das Gesetz der Gegenbuchung. Es gilt auch für das öffentliche Bildungssystem.

Die Volksschule hat in den letzten Jahren viele neue Aufgaben übernommen, vermutlich zu viele. Sie muss integrieren und individualisieren, sozialisieren und kultivieren, Frühenglisch und Mittelfrühfranzösisch lehren, die hochdeutsche Sprache schulen und mathematisches Können entwickeln. Sie soll in Themen von Natur, Mensch und Gesellschaft einführen, Musisches und Kreatives fördern, ethisches Verhalten bestärken und die Kinder zur Freude an der Bewegung ermutigen – und überdies das Lernen trainieren. Alles wird irgendwie wichtig. Darum sind die Lehrpläne dichter und die Lehrmittel dicker geworden. Doch wenn Prioritäten fehlen und das Wichtige nicht mehr vom Unwichtigen geschieden wird, verliert alles an Bedeutung.

Manches ist dazugekommen – weggenommen wurde wenig. Die Folgen sind spürbar: Druck und Hektik steigen, Verweilen und Vertiefen nehmen ab. Viele Dinge werden nur noch flüchtig gestreift. Inhalte lösen einander schnell ab. Sie prägen sich nicht tief ein, werden kaum Erfahrung und bleiben Bruchstück. Unfertiges wird zum Dauerzustand. Alles ist bekanntlich der Feind von etwas.

Wer addiert, muss reduzieren. Zur Reduktion gehört das Automatisieren zentraler Lernvorgänge. Üben wird geringgeschätzt, sturem Pauken, gar sinnlosem Drill gleichgesetzt und mit einem Bannstrahl belegt. Aus Sicht der Gedächtnispsychologie sind Vertiefen und Anwenden für einen lernwirksamen Unterricht aber unabdingbar. Das gilt – so antiquiert es klingt – besonders für die Grundfertigkeiten Rechnen, Lesen und fehlerfreies Schreiben: Je mehr wir etwas im täglichen Leben und unter Druck brauchen, desto intensiver müssen wir es trainieren, sagt die Forschung. [...]

Zu vieles muss heute in zu kurzer Zeit erarbeitet werden. [...] Darum haben viele Eltern das Gefühl: Mein Kind kommt nicht voran. Es wird wohl aktiviert, doch es lernt zu wenig, und das Erarbeitete bleibt an der Oberfläche. Abends müssen wir mit Nachhilfe vertiefen. Die Eltern wollen nicht als Verlierer der Bildungsreformen dastehen. Im Gegenteil: Die

Kinder sollen die sozioökonomische Position ihrer Herkunft zumindest halten. Statusängste sind in erster Linie Zukunftsängste. Darum erwarten sie für ihr Kind eine solide Schulbildung. Diese Erwartungssicherheit schmilzt.

Das führt zu einer stillschweigenden Abkehr von der Volksschule und zum momentanen Boom von Privatschulen – primär in wohlhabenden Gebieten und Gemeinden. Allein der Kanton Zürich zählt 165 solcher Institutionen; seit 2010 bedeutet das einen Zuwachs von etwa 20 Prozent. [...] Noch geniesst die Volksschule breites Vertrauen, doch ihre Kohäsionskraft bröckelt. [...] Rund fünf Prozent der Schüler in der Schweiz gehen in eine Privatschule. Tendenz steigend. Dadurch geht etwas verloren, was unseren Staat stark gemacht hat: die soziale Durchmischung. Auch Bundesräte besuchten die Volksschule.

Das öffentliche Bildungssystem muss lernleistungsfähig und damit attraktiv bleiben. Nur das verhindert den leisen Exodus. Eine Rückkehr zum Eigentlichen und Wesentlichen tut darum not. Dazu zählt intensives Üben. Jede junge Geigerin und jeder Juniorenfussballer weiß das; nur in der Schule finden wir es altmodisch. Zu stärken ist auch die Rolle der Lehrperson. [...] Sie steuert den Unterricht. Wichtig ist ihr eine intensiv und systematisch genutzte Lernzeit; sie findet dazu den notwendigen Freiraum. Das wären zwei zentrale Additionen – und Kennzeichen einer Schule mit hoher Lernwirksamkeit.»



Perle 3: «Die Schweiz ist ein Ort der Seligen»

Wo: Neue Zürcher Zeitung

Wer: Elsbeth Stern im Interview mit Michael Schoenenberger

Wann: 29. Juli 2017

«Intelligenzunterschiede werden durch die Gene in hohem Maße determiniert. Dem ist so, ob es uns passt oder nicht. Aber Intelligenz ist ein Merkmal, das eine grosse Reaktionsnorm hat. Das heisst, es braucht eine Umwelt, damit die Gene sich entfalten können. Wir wissen, dass der Wortschatz für die Intelligenzsentwicklung wichtig ist. Wollen Eltern im ersten Lebensjahr das Beste aus den Genen der Sprösslinge herausholen, dann müssen sie viel mit ihnen sprechen. Die Kinder müssen eine gute, grammatisch korrekte Sprache hören. Und die Kinder müssen die Möglichkeit bekommen, die Welt zu erkunden. [...]»

Das Problem bei der Förderung ist, dass manche Eltern ihre Kinder im ersten Lebensjahr vernachlässigen. Sie verstehen Kleinkinder als Wesen, die in erster Linie nur essen, verdauen, herumkriechen und vor dem Fernseher sitzen. Sie denken: Was soll ich mit jemandem reden, der noch nicht sprechen kann? Oder sie machen den Fehler, Kinder zu entmutigen. Wenn Kinder einen Fehler machen, ist es ganz verkehrt, zu sagen: Rede erst mal richtig. Man muss ihnen die Gelegenheit zum Sprechen geben. [...]»

Viele Eltern machen sich fast verrückt, kaufen irgendwelche Gimmicks für die Kleinen, welche sie zu intelligenteren Wesen machen sollen. Im besten Fall nützen diese Dinge nichts, aber im schlechten Fall schaden sie massiv. [...] Wenn Eltern ihre Kinder zu früh auf irgendwelche Dinge trimmen, fühlen sich Kinder fremdbestimmt. Sie wissen nicht, wozu sie etwas lernen. Sie fühlen sich wie in einer ständigen Prüfung. Lernen erscheint ihnen dann als etwas Feindseliges, etwas, das ihnen aufgedrängt wird. Und das schadet auf lange Sicht. [...]»

Wir wissen, dass Kinder erst im Alter zwischen drei und vier eine «theory of mind» entwickeln. Vorher wissen sie noch nicht, dass es in meinem Kopf anders aussieht als in ihrem Kopf.



Wenn Kinder mit den «Warum-Fragen» beginnen, sieht es anders aus. Dann geht für sie eine neue Welt auf. Das hat mit der biologischen Entwicklung zu tun. Instruktives Lernen ist erst dann sinnvoll, wenn Kinder verstanden haben, dass man von anderen Personen wirklich etwas mitnehmen kann, eben weil diese Personen über manche Dinge mehr wissen als man selbst. [...]»

Als Gesellschaft müssen wir dafür sorgen, dass alle Kinder eine anregende Umgebung erhalten. Es gibt auch hier Familien, in denen Kinder in Umgebungen aufwachsen, die die Entfaltung der Gene behindern. [...] Kinder müssen Leute um sich herum haben, die grammatisch korrekt sprechen. Das ist ganz wichtig, weil Kinder sehr früh viele Dinge nur über die Sprache lernen. Auch wenn sie selbst beim Sprechen noch Fehler machen, achten sie auf grammatische Feinheiten. [...]»

Es sollte einen flexiblen Schuleintritt geben. Manche Kinder wollen schon mit fünf Jahren unbedingt schreiben, andere nicht. Das Gleiche gilt fürs Rechnen. Das muss alles viel flexibler werden. So kann man einerseits die Schwachen fördern, andererseits die Starken zu Höchstleistungen bringen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt müssen sich dann selbstverständlich alle Kinder auch mit jener Materie beschäftigen, die sie vorher noch nicht interessiert hat. [...]»

Rund 20 Prozent der Jugendlichen besuchen in der Schweiz ein Gymnasium. Unsere Daten zeigen aber, dass ein beachtlicher Teil der Schweizer Gymnasiasten – ich gehe von mindestens 40 Prozent aus – nicht die Intelligenz hat, über welche die oberen 20 Prozent eigentlich verfügen sollten. Der Zugang zum Gymnasium hängt zu stark von der sozialen Schicht ab, und leider nicht nur von der Intelligenz. [...] Die bessergestellten Kinder werden auf die Prüfung hin trainiert. Wir finden, dass es eigentlich in jeder Gymnasialklasse zwei oder drei Schülerinnen und Schüler gibt, deren Intelligenz deutlich unter dem zu erwartenden Mindestwert liegt. [...] Die werden dann irgendwie mitgezogen, etwa mit Nachhilfe. Und man passt das Niveau ein bisschen nach unten an. [...]»

Die Maturitätsquote liegt bei 20 Prozent richtig. Erhöhen wir sie, heisst es ja nicht automatisch, dass dann die bisher zurückgewiesenen intelligenten Schülerinnen und Schüler den Zugang bekommen. Zusätzlich zu den Aufnahmeprüfungen sollten wir mit Intelligenztests arbeiten.»

Mein Freund Nik

Erinnerungen an den besten Lehrer, den ich hatte

Von Roger von Wartburg

Am 19. November 1957, kurz nachdem ihm der Literaturnobelpreis zugesprochen worden war, schrieb Albert Camus die folgenden Zeilen an seinen früheren Grundschullehrer Louis Germain: «Man hat mir eine viel zu grosse Ehre erwiesen, die ich weder erstrebt noch erbeten hatte. Doch als ich die Nachricht erhielt, galt mein erster Gedanke, nach meiner Mutter, Ihnen. Ohne Sie, ohne Ihre liebevolle Hand, die Sie dem armen kleinen Kind, das ich war, gereicht haben, ohne Ihre Unterweisung und Ihr Beispiel wäre nichts von alldem geschehen. Ich mache um diese Art Ehrung nicht viel Aufhebens. Aber diese ist zumindest eine Gelegenheit, Ihnen zu sagen, was Sie für mich waren und noch immer sind, und um Ihnen zu versichern, dass Ihre Mühen, die Arbeit und die Grossherzigkeit, die Sie eingesetzt haben, immer lebendig sind bei einem Ihrer kleinen Zöglinge, der trotz seines Alters nicht aufgehört hat, Ihr dankbarer Schüler zu sein.»¹

Diese rührende Huldigung, die Camus dem ihn so sehr prägenden Lehrer zukommen liess, stellt in der Literatur- und Geistesgeschichte keinen Einzelfall dar. Ähnliche Ehrerweisungen – wenn auch in ihrer jeweiligen Ausprägung ganz unterschiedlich gelagert – an die Adressen einstiger Lehrpersonen finden sich beispielsweise bei Thomas Hürlimann, Peter Bichsel oder Karl R. Popper. In einem überaus lesenswerten Beitrag in der «Neuen Luzerner Zeitung»² hat Carl Bossard den «vital präsenten, engagiert wirkenden Lehrerinnen und Lehrern» ein würdiges Denkmal gesetzt. Lernen basiere auf Vertrauen in den Lehrenden, schreibt Bossard, und mit der Glaubwürdigkeit des Engagements der Lehrperson stehe und falle der Unterricht. Es ist wahr: Im Falle einer günstigen Konstellation zwischen Lehrendem und Lernendem vermag Ersterer eine immense Wirkung auf Letzteren auszuüben.

Auch ich hatte als Jugendlicher das Glück, auf einen Lehrer zu treffen, mit dem mich schon bald viel mehr verband als das zufällige Aufeinandertreffen in einem Klassenzimmer. Der beste Lehrer meiner eigenen Schullaufbahn war mein Freund Nik.

Natürlich war mein Freund Nik nicht von Anfang an mein Freund Nik gewesen. Zunächst hatte ich ihn als Herrn L. kennengelernt. Niklaus L. Mein Deutschlehrer an der Kantonsschule (vulgo «Kanti») Olten. Dr. Niklaus L., um genau zu sein. Obwohl – mit dem Doktortitel hat er nie hausiert.

Nik thronte im obersten Stock der Kanti im Zimmer 807. Ich war keine 15 Jahre alt, als ich ebendiesen 8. Stock zum ersten Mal erklimm. Da war dieser grosse Mann, bärtig und mit einem eigentümlichen Haarschnitt, den ich in all

den Jahren nie so richtig zu kategorisieren vermocht habe. Ein 68er, sagte man. Ein Linker. Was auch immer «man» sich damals darunter vorgestellt haben möchte.

Ja, Nik war tatsächlich ein 68er. Zumindest in dem Sinne, dass er sich politisch und sozial engagiert und mit Freunden in einer Zürcher Wohngemeinschaft gelebt hatte. «Wer zweimal mit der gleichen pennt, gehört schon zum Establishment» war aber seine Sache nicht. Flüchtigkeit im Zwischenmenschlichen hätte ohnehin nicht zu Niks Bedürfnis nach Verbindlichkeit gepasst. Schon in jungen Jahren war Vreni an seiner Seite gewesen. Und geblieben. Auch Freundschaften pflegte er über Jahrzehnte hinweg intensiv und mit Hingabe.

Es stimmt: Nik war ein Linker. Das war für viele von uns, (bildungs-)bürgerlichen, ländlichen Elternhäusern entstammend, etwas Neues und zeitweise Herausforderndes. Da dachte und redete einer ganz anders als das, was wir von zuhause kannten. Nicht alle kamen damit klar, weder auf Schüler- noch auf Elternseite, und nicht immer blieb er vor Anfeindungen verschont.

Wobei: Als Dogmatiker habe ich Nik nie erlebt. Auch linke Phrasendrescherei vertrug er nicht. Die Qualität der Argumentation war entscheidend. Und das hat er konsequent von uns Schülerinnen und Schülern verlangt: *Denkt selber! Bildet euch eine Meinung! Seid kritisch! Argumentiert sauber!* Keiner meiner Geschichtslehrer hat mir den Kern der Aufklärung prägnanter nähergebracht als mein Deutschlehrer Nik. Noch immer fehlt mir im Umgang mit Pseudo-Argumentationen jegliche – mit Verweis auf den pädagogischen Neusprech – «altersgerechte Frustrationstoleranz». Daran ist Nik zumindest mitschuldig.

Wenn ich heute sehe, wie mein ehemaliger Mitschüler Hakan (genannt «Haki»), Spross einer erzkonservativen türkischen Familie, in diversen Medien unerschrocken gegen die Vertreter des neo-osmanischen Despotismus zu Felde zieht, dann ist klar, dass diese Flamme der Aufklärung nicht nur mich für mein weiteres Leben geprägt hat. Nik hat mir einmal gesagt, das schönste Kompliment seiner Lehrerkarriere sei es gewesen, als eine Schülerin sich darüber beklagt habe, dass man bei ihm immer eine eigene Meinung haben müsse. Grossartig.

Nik liebte die deutsche Sprache. Ich auch. Deshalb haben wir uns sofort verstanden. Im Unterschied zu vielen Mitschülern empfand ich Aufsätze bei ihm als freudvoll-creative Anlässe. Mein persönlicher Höhepunkt: Als ich über «Nathan den Weisen» einen Text aus lauter Blankversen



abgab und mir ein enthusiastischer Nik seine Beurteilung in Reimform zukommen liess. Dementsprechend hoffte ich nicht nur insgeheim auf den Preis für den besten Aufsatz an den Maturprüfungen. Doch ich bekam ihn nicht. Jahre später sprachen wir einmal kurz darüber. Nik sagte: «Dein Text war gut, aber nicht auf deinem besten Niveau.» Ich widersprach nicht. Ich wusste, dass er recht hatte.

Nein, Kumpanei war ebenfalls seine Sache nicht, was sich auch dann bestätigen sollte, als ich, mittlerweile Student, Nik um ein Feedback zu einem von mir verfassten kurzen Prosatext bat. Er antwortete: «Ich lasse beim Lesen einfach mein Assoziationssystem laufen, möglichst ohne freundlich-aufmunternde Zensur [...]. Ich denke, du erwartest keine Wattebäuschchen, sondern authentisches Reagieren. [...] Man merkt die Absicht: einfache Aufnahme von Impressionen, auch wiederkehrende, deshalb Wiederholungen, ausgeschmückt mit der einen oder anderen Wertung eines Ichs. Teils etwas gesucht, teils bekannt, aber wenig wirklich Neues, Stimmiges, Überraschendes. [...] Vielleicht löscht du meine Mail einfach, vielleicht beinhaltet sie eine Anregung, eine Bestätigung, dass du es trotzdem genau so machen willst, was auch immer. [...] Herzliche Grüsse, Nik.»

Eine weitere mir unvergesslich bleibende Anekdote von der mündlichen Matura: Zu den von mir ausgewählten literarischen Werken zählte auch eine schöne Portion Lyrik der Moderne von Rilke bis Fried. Explizit ausgenommen hatte ich die konkrete Poesie, mit der ich nicht viel anzufangen wusste. Und was brachte Nik als ersten Text an die Prüfung mit? Ein Gedicht von Ernst Jandl! Als ich ihn später darauf ansprach, meinte er: «Einer wie du muss das können.»

Zur Liebe zur deutschen Sprache gehörte für Nik ganz selbstverständlich auch die Beherrschung derselben, und

zwar gründlich! Das sprachliche Handwerk war weder verhandel- noch vernachlässigbar. Stilistische Schludrigkeit wurde sanktioniert. Auch das war Nik. Zum Glück.

Überraschungen gehörten zu Niks Unterricht. Manche davon riefen unter angehenden Maturi und Maturae grosses Wehklagen hervor. Wie an jenem frühen Morgen, als er die Klasse zu einer zweistündigen Textverständnis-Prüfung aufbot und uns zu diesem Zweck einen anspruchsvollen Essay über Kunst und Qualität aus der Feder Peter Killers, dem Leiter des Oltner Kunstmuseums, vorsetzte. Manche Schüler – und im Nachhinein auch deren Eltern – protestierten gegen dieses Vorgehen: Das Thema sei ja gar nie behandelt worden und könne daher doch nicht Prüfungsgegenstand sein. Das Verständnis der deutschen Sprache brauche nicht vorbereitet zu werden, hielt Nik entgegen. Im Rahmen solcher Diskussionen erlebte ich ihn in der Regel als gelassen, manchmal geradezu heiter.

Er konnte aber auch weniger gelassen sein. Insbesondere dann, wenn wir testosterondurchfluteten Halbstarken uns dann und wann erdreisten, eine seiner kulturellen Exkursionen mit grenzsuchendem Verhalten zu sabotieren – so geschehen etwa anlässlich einer schwer zugänglichen Theatraufführung oder einer Vorführung des wortlosen musikalischen Filmgedichts «Requiem», welches satte 81 Minuten lang nichts anderes zeigt als europäische Soldatenfriedhöfe. In solchen Fällen konnte Nik durchaus eine beleidigte Seite offenbaren und diese auch einige Zeit standhaft aufrechterhalten.

Viele Schätze habe ich in den viereinhalb Jahren Unterricht bei Nik entdecken dürfen: Meine anhaltende Begeisterung für Lessing; mein Schwärmen für Schillers Dramen; das Verständnis für Brechts Keuner-Geschichten und Ibsens messerscharfe Persönlichkeitsstudien; mein Zugang

zu Kubrick – alles hatte seinen Anfang in Zimmer 807 genommen.

Kubrick? Ja, Kubrick! Nik liebte den Film ebenso wie die Sprache. Auch als Filmjournalist hatte er einst gearbeitet. Was für ein Aufruhr bei manchen Eltern, als er uns im Kontext des Oberthemas «Gewalt» – obwohl noch nicht alle das dafür erforderliche Alter erreicht hatten – «A Clockwork Orange» gezeigt und mit uns analysiert hatte!

Und er liess uns Dinge ausprobieren. Ich erinnere mich an selbst geschriebene, in der Mediothek abgedrehte Werbeclips. Oder an eine szenische Darbietung zum Thema «Faschismus», die eher spontan entstand und schliesslich zu einer Aufführung vor Publikum mutierte. Auch als mich mit knapp 20 Jahren der Hafer stach und ich ein unausgegorenes kabarettistisches Programm namens «Wie man das Zeitgeistliche segnet» (aus heutiger Sicht würde ich sagen, der Titel war mit Abstand das Beste) auf die Bühne bringen wollte, sagte er lapidar: «Mach es einfach!»

Als Matthias («Mätthu»), Hakan («Haki») und ich mit 18 Jahren unsere erste Band gründen wollten, suchten wir vergebens einen Gitarristen. Also bot sich kurzerhand Nik mit seiner blauweissen Fender an. Und Englischlehrer Herbi B. folgte Niks Beispiel. Nachdem mit Pascal ein Drummer hinzugestossen war, war die Band komplett: vier Schüler, zwei Lehrer – eine Boygroup der besonderen Art. Wir nannten uns «Just One Night» – aber nicht etwa als Anspielung auf eine eskapistische Lebensweise, sondern in Anlehnung an Eric Claptons legendäres Live-Album; und weil wir uns nur für einen einzigen Gig am Kantifest 1995 zusammenutzen wollten – *just one night* eben.

Doch die Sache machte so viel Spass, dass es nicht bei *just one night* blieb – obwohl es schon merkwürdig war, tagsüber im Unterricht von Nik und Herbi zu sitzen und abends in den Katakomben der Kanti mit ihnen Songs von Eric Clapton, Bob Dylan, CCR, The Blues Brothers, Otis Redding oder Ray Charles einzuüben. Eine 7-jährige Bandgeschichte, später ergänzt durch weitere Musiker, entspann sich, weit über unsere Matura hinaus, eine bunte stilistische Reise von Blues und Rock via Soul und Jazz bis hin zu Eigenkompositionen mit schweizerdeutschen Texten. Das war mein Einstieg als Sänger. Eine Leidenschaft, die mich bis heute erfüllt. Ermöglicht auch durch Niks Zutun.

Und so war aus meinem Lehrer der Mitmusiker und Freund Nik geworden, von dem ich unheimlich viel gelernt habe und der einen grossen Einfluss darauf hatte, dass ich selbst – trotz Matura Typus E – ein geisteswissenschaftliches Studium in Angriff nahm. Okay, seien wir ehrlich: Für Natur-

wissenschaften oder Ökonomie hatte ich wenig Talent offenbart.

Im Februar 2016 trafen sich die einstigen Just-One-Night-Mitglieder in einem Oltner Gasthof zum Wiedersehen, 20 Jahre nach der Matura. Ein einmaliger Revival-Gig sollte geplant werden. Aber etwas war anders als früher: Der Genussmensch Nik trank kein Glas Wein und ging als Erster wieder nach Hause. Der für ihn so typische Schalk in seinen listigen Äuglein und sein omnipräsenter Wortwitz waren kaum auszumachen. Als ich nach Hause kam, sagte ich zu meiner Frau: «Da stimmt etwas nicht.»

Wenige Tage später die Bestätigung: verfluchte Diagnose, verdammte Krankheit! Also wurde der Revival-Gig auf Eis gelegt, zu unsicher die Perspektive. Im Sommer dann auf einmal der fixe, trotzige Gedanke: *Jetzt erst recht!* Anlässlich meines runden Geburtstages im Dezember sollte ein Fest stattfinden, an dem alle Freunde, mit denen ich in mehr als 20 Jahren auf der Bühne gestanden hatte, noch einmal mit mir auftreten. «Bist du dabei, Nik?» – «Ja, das machen wir! Liebe Grüsse aus der Unheil-Bar. Nik.»

Und wir haben es gemacht. Ich bin unendlich dankbar dafür. Wir rockten das Haus mit Songs von Clapton, Wilson Pickett, J.J. Cale und Jimi Hendrix. Ein letztes Mal. Am 26. Juni 2017 ist Nik verstorben. Mit einem Schmunzeln registrierte ich, dass seine Todesanzeige nicht von einem «Dr.» geziert wurde.

So vieles verdanke ich Nik. Das Allerwichtigste vielleicht ist eine Botschaft: *Sei, was du sein willst!* Oder eher noch: *Sei, was du bist!* Mit allen Facetten. Und es ist okay, wie du bist. Man kann gleichzeitig stark und schwach, draufgängerisch und zaudernd, fordernd und dünnhäutig sein. Zuckmayer und Kafka schliessen sich nicht aus. Elitär und populär auch nicht. Spielbergs «Jurassic Park» und Dürrenmatts «Physiker» drehen sich im Kern um dieselbe Frage.

Nik liebte den Kick einer verrückten Bahn im Europapark genau gleich wie die herausfordernde «Woyzeck»-Aufführung. Das hat mich später immer an Woody Allen erinnert, der ständig zwischen Tschechow und den New York Knicks zu schwanken scheint. Der Mensch ist vielschichtig und das ist gut so. Für einen jungen Menschen auf dem Weg zu seiner eigenen Identität ist das eine ungemein kostbare Erkenntnis.

Danke, mein Freund Nik!

Du wirst fehlen.

¹ Albert Camus: «Der erste Mensch», Rowohlt, 1995

² Carl Bossard: «Lehrer mit Leidenschaft braucht das Bildungsland», Neue Luzerner Zeitung, 06.12.2014

Perlenfischen

Perle 4: «Wenn der Papierkram wichtiger ist als der Mensch»

Wo: Schweiz am Wochenende

Wer: Patrik Müller

Wann: 29. Juli 2017



«Wie verbringt eine Ärztin, ein Lehrer, eine Krankenpflegerin oder ein Kinderbetreuer in einer Krippe den Arbeitsalltag? Das Ideal wäre: Sie wenden ihre Zeit vorwiegend für die Menschen auf. Für die Patienten, Schülerinnen, Kinder. Schliesslich handelt es sich um soziale Berufe, die man – hoffentlich – ergreift, weil man gern mit Menschen arbeitet.

Dass diese Vorstellung mehr und mehr zur Illusion wird, zeigte diese Woche eine Studie am Beispiel der Assistenzärzte, die am Kantonsspital Baden durchgeführt wurde. Nur gerade 94 Minuten kann sich ein Assistenzarzt der Inneren Medizin pro Tag Zeit nehmen, um sich am Bett um die Patienten zu kümmern. Magere eineinhalb Stunden also, bei einem Arbeitstag von oft zehn oder gar zwölf Stunden. Deutlich mehr Zeit erfordern hingegen administrative Aufgaben [...].

Die Studie wirft ein Schlaglicht auf ein Problem, das auch andere soziale Berufe betrifft. Endlich! In der Privatwirtschaft wird seit Jahren geklagt über die überbordende Bürokratie. [...] Immerhin wird diese Last der Privatwirtschaft in der Politik inzwischen zum Thema gemacht. Ganz anders bei den sozialen Berufen. Dabei wären bei ihnen eine Vereinfachung und Verwesentlichung besonders wichtig. In der Regel geht es um Staatsangestellte. Durch

den Trend, jeden Arbeitsschritt zu dokumentieren, fehlt ihnen einerseits – und das ist das Hauptproblem – die Zeit für die Patienten oder die Schüler. Und andererseits schafft der Staat dadurch laufend neue Stellen, welche den Zusatzaufwand bewältigen sollen, damit die Mitarbeiter an der Front zumindest ein bisschen entlastet werden. Diese neuen Stellen zahlen wir mit den Krankenkassenprämien oder Steuern.

Das Ausmass ist statistisch belegt. Wirtschaftsprofessor Mathias Binswanger bezeichnete das Gesundheits- und Sozialwesen in der NZZ als «absolut wichtigste Job-Maschine». Dort erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten von 2008 bis 2016 um mehr als

100'000 Personen. Nach diesem Sektor wächst ebenfalls eine staatliche Branche am schnellsten: Im Bereich Erziehung und Unterricht entstanden im selben Zeitraum 60'000 Stellen. Diese Zunahme liegt nicht bloss im Bevölkerungswachstum begründet – das zum Grossteil eine Folge der Einwanderung ist –, sondern eben auch darin, dass die sozialen Berufe immer mehr Vorschriften erfüllen und dokumentieren müssen, weshalb in ihren übergeordneten Bereichen, also in der Verwaltung, besonders viele Stellen entstehen. [...]

Dass alles komplizierter wird, liegt auch nicht an den Behörden per se, sondern an einer Grundeigenschaft von Menschen in entwickelten Gesellschaften: der Risikoaversion. Wir wollen alles absichern. Banken dürfen nicht mehr Konkurs gehen können. Krankenpfleger müssten jedes Aspirin, das sie verabreichen, protokollieren. In der Kinderkrippe muss für jedes Bobo ein Bericht erstellt werden. Dieses Sicherheitsstreben soll zu Fehlerfreiheit führen, die es nicht gibt, und mündet stattdessen in Regulierung. Eine unheilvolle Entwicklung, die im Einzelfall verständlich ist, unserer Gesellschaft aber schadet.»

Steigende Prämien widerspiegeln die steigenden Gesundheitskosten

Die Gesundheitskosten steigen kontinuierlich an, da immer mehr Menschen immer mehr und immer teurere Leistungen beziehen. Das Kostenwachstum ist das Resultat des medizinischen und technologischen Fortschritts, der demografischen Alterung, des Ausbaus an medizinischen Leistungen und nicht zuletzt der Nachfrage der Patientinnen und Patienten. Dies setzt jedes Jahr aufs Neue eine Art Teufelskreis in Gang: Je mehr Leistungen konsumiert werden, desto mehr steigen die Prämien. Rund 96,5 Prozent der Prämien der Versicherten der Visana-Gruppe fliessen direkt in die medizinischen Leistungen, zum Beispiel für Spitalrechnungen, Arztbehandlungen, Medikamente usw.

In der Grundversicherung sind die Krankenversicherer gesetzlich verpflichtet, kostendeckende Prämien zu erheben, ohne dabei einen Überschuss zu erwirtschaften. Was sich nach einer einfachen Berechnungsformel anhört, ist ein komplexer Prozess und eine möglichst exakte Zukunftsprognose.

Die Grundlagen für die Prämienkalkulation sind:

- erbrachte Leistungen des Vorjahres und eine Hochrechnung des laufenden Jahres
- Schätzung von Einnahmen und Ausgaben für das folgende Jahr
- Reserven und Rückstellungen – Zahlungen an den Risikoausgleich
- voraussichtliche Veränderung der Anzahl Versicherten (Neuzugänge, Austritte)

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) muss die Prämientarife der Krankenversicherer jährlich genehmigen. Ziel der Prämien genehmigung durch die Aufsichtsbehörden ist es zu überprüfen, ob die eingereichten Prämien im Verhältnis zu den Kosten des Versicherers angemessen sind. Aufgrund

der Vorgaben der Aufsichtsbehörde dürfen Rabatte im Rahmen von sogenannten Kollektivverträgen nur noch gewährt werden, wenn das in einem solchen Vertrag versicherte Kollektiv kostengünstiger ist als die Einzelversicherten. Kann der Prämienrabatt auf die Zusatzversicherungen nachgewiesen werden, profitiert das versicherte Kollektiv wie bisher oder sogar mehr. Wenn der Rabatt nicht nachgewiesen werden kann, muss er reduziert werden. Die Aufsichtsbehörden setzen dabei die gesetzlichen Bestimmungen zur Prämienfestsetzung und zu Prämienermässigungen rigoros durch. Die Prämienhoheit liegt zwar beim Versicherer, doch aufgrund der starken Regulierung ist der Handlungsspielraum stark eingeschränkt.

Ihre Vorteile auf einen Blick

Die Zusatzversicherungen von Visana sind top und überzeugen mit ihrem guten Preis-Leistungs-Verhältnis. Im unabhängigen Vergleich des VZ-Vermögenszentrums belegt Visana Rang 2.

Und mit der neuen Visana-App haben die Mitglieder des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz sämtliche Dokumente ihrer Krankenversicherung überall dabei. Mit der Visana-App können Sie:

- Arztrechnungen einfach fotografieren und einsenden
- die Versichertenkarten der ganzen Familie unterwegs abrufen
- sich mit Touch ID oder PIN anmelden
- sich auf mehreren Geräten anmelden
- alle News und Angebote unter visana.ch kompakt in der Visana-App finden

Visana will ihren Kundinnen und Kunden damit auch auf dem Smartphone einen erstklassigen Service bieten – einfach, schnell und überall.

Kollektiv gut betreut

Gute Gründe für Visana

Exklusiv für Sie!

Geniessen Sie exklusive Vergünstigungen

Mit unserem Kollektivvertrag erhalten Sie und alle Mitglieder in Ihrem Haushalt einmalige Prämienrabatte auf die Zusatzversicherungen der Visana.

Gerne informieren wir Sie über Ihre Vorteile als Mitglied des Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer unter: www.visana.ch/kollektiv/lch

KOMET

visana
Rundum gut betreut.

Berichte von Pensioniertenanlässen

Von Karl Hofstätter

Veloreise «Neckartal-Radweg» von Villingen/Schwenningen nach Mannheim; 15. bis 20. Mai 2017; 397 km mit vielen Sonnentagen und einem Regennachmittag



Das Wichtigste auf einen Blick

Mit Bus und Veloanhänger erreichten wir (17 Personen) unseren Startort Villingen/Schwenningen. Symbolisch präsentierte sich uns im Stadtpark aus einer Maueröffnung die Neckarquelle, die aus dem Schwenninger Moos gespiesen wird. Durch das breit ausladende Tal des Oberlaufs zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb begleiteten wir das Bächlein Neckar.

Bald fuhren wir hinab ins zunächst eng eingegrabene Tal mit lauschigen Talwiesen. Dann pedalten wir durch lang gezogene Auen, hinein in Fachwerkstädte, durch das quirlige Tübingen, entlang den Anlagen von Grossindustrien, vorbei an Weinbergen, hinauf zum Schloss Ludwigsburg und stoppten auch am Mercedesmuseum.

In einer langen Regenfahrt (50 km) durchquerten wir im engen Neckartal den Odenwald. Danach erwartete uns das heitere Heidelberg. Schliesslich verabschiedeten wir uns vom Neckar – oder er sich von uns – in Mannheim, wo er in den Rhein mündet.

Ausführlicheres

Tag 1: Villingen/Schwenningen nach Oberndorf

Zunächst dem Neckarrinnsal folgend mit weiter Sicht auf die Ausläufer von Schwarzwald und Schwäbischer Alb, dann tauchten wir hinein in ein enges Tal mit häufigen Uferwechseln über viele Brücken, Flösserstellen, Rast in Rottweils Altstadt, Gedenkstätte der Opfer aus der Nazi-Zeit (Oberndorf), Übernachtung in Oberndorf im «Hotel zum Wasserfall»; Sonne; 50 km.

Tag 2: Oberndorf-Rottenburg-Tübingen

Grossartige Naturlandschaft im frischen Grün, Neckar wird strassenbreit, wellenartiges Fahren mit stetem Auf und Ab im kühlen, schattigen Talhang, Wasserschloss Glatt (Brunnen mit eisenhaltigem Mineralwasser mit Hinweis auf Eptinger Quelle!), Pause im mittelalterlichen Rottenburg, das Tal weitete sich, abwechslungsreicher Bummel durch das prächtige Tübingen mit stattlichen Fachwerkhäusern zwischen Schloss und Altstadt, lauschiger Abend im Biergarten am Neckar; Übernachtung in Tübingen im «Hotel am Schloss», mit «Mauganeschtle»; Sonne; 70 km.

Tag 3: Tübingen-Untertürkheim

Der Neckar erreichte nun die Breite einer Autobahn (schiffbar mit Schleusen), bunte Hundertwassersiedlung in Plochingen, viele Industriebauten (Mercedes u.a.) und langgezogene Rebanbauflächen an Muschelkalk-Hanglagen, Besichtigung des imposanten Mercedes-Benz-Museums und Einkehr im Vereinslokal des VfB Stuttgart; Übernachtung im Hotel «Petershof»; Sonne und Hitze; 65 km.



Tag 4: Untertürkheim-Heilbronn

Beengtes Kurven durch viele Ortschaften, Besuch Residenzschloss und Parkanlagen in Ludwigsburg, Rast und Besichtigung, Beginn des grossartigen Naturparks Neckartal mit unzähligen Flussschläufen, prächtigen Waldalleen, herausgeputzten Fachwerkhäusern in Besigheim und schliesslich letzte anstrengende Steigungen vor Heilbronn; Übernachtung im «Hotel am Kastell»; Sonne; 86 km.

Tag 5: Heilbronn-Heidelberg

Dem Neckartal entlang unter schattigen Lindenalleen, grosse Anbaugebiete mit Getreide und Frühkartoffeln, Fahrt im Dauerregen durch den Odenwald zwischen Waldhängen und dem Neckarufer, vorbei an Burgen und Schleusen, in Heidelberg heiterte es endlich auf, dank Brauereischlauch konnten wir den Schmutz von den Velos abspülen. Auf Marcells grossen Geburtstag wurde feierlich angestossen; Übernachtung in der «Kulturbrauerei»; bedeckt und intensiver Regen; 93 km.

Tag 6: Heidelberg-Mannheim

Morgendlicher Halt auf der alten Brücke über den Neckar, Alleen führten uns hinaus in die Weite der Rheinebene, in Mannheims Hafengelände erreichten wir schliesslich unser Ziel: die Mündung des Neckars in den Rhein, letzte Warnrufe «Auto! Pfosten!» waren verhallt, Heimfahrt mit dem ICE nach Basel; sonnig, 33 km.



Das Neckartal vermittelte uns allen mit seiner Vielseitigkeit reichhaltige Erlebnisse. Auch unser guter Teamgeist trug das seine zum erfreulichen Gelingen dieser Woche bei. Der Dauerregen vom Freitagnachmittag konnte die vielen stimmungsvollen und abwechslungsreichen Reiseeindrücke nicht aufweichen. Wiederum bereicherte Armin unsere Tour mit seinem vielseitigen Repertoire auf der Mundharmonika.

Ein grosses Dankeschön gilt Rico Zuberbühler, der alles umsichtig organisiert und in die Wege geleitet hat. Auch sei allen recht herzlich gedankt, die mitgeplant, reserviert, repariert und in Film und Bild unsere Tour festgehalten haben. Wir können auf eine unfallfreie Woche mit einer Fülle an schönen Erinnerungen zurückblicken.

Jahr	Route	Distanz	
2013	Um den Bodensee	200 km	6 Personen
2014	Rheinradweg: Oberalppass-Basel	420 km	9 Personen
2015	Rheinradweg: Basel-Mainz	400 km	13 Personen
2016	Moselradweg: Metz-Koblenz-Mainz	414 km	12 Personen
2017	Neckartalweg: Villingen/Schwenningen-Mannheim	397 km	17 Personen

LVB-Informationen

NEIN

**zur Initiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat!»
am 24. September 2017!**

Medienmitteilung der Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände (ABP)

Die ABP empfiehlt die am 24. September 2017 zur Abstimmung kommende Initiative der «Liga der Baselbieter Steuerzahler» mit dem irreführenden Titel «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat» klar zur Ablehnung. Die Initiative ist so, wie es die Initianten darstellen, gar nicht umsetzbar. Sie hätte zudem eine verheerende Signalwirkung und entfremdet Bevölkerung und Staatspersonal in unnötiger Weise. Im Weiteren hebelt sie das Gleichbehandlungsgebot aus und gefährdet die Erfüllung der Staatsaufgaben. Somit bringt die Initiative keinen Mehrwert, sondern schafft zusätzliche Probleme, z.B. indem sie die Rechtssicherheit beseitigt, die gerade für Staatsangestellte in der Erfüllung ihrer Aufgaben im Dienste des Kantons entscheidend ist.

Kein Mehrwert

Die formulierte Gesetzesinitiative «Für einen effizienten und flexiblen Staatsapparat», bringt, wie auch im Abstimmungsbüchlein ausgeführt, keinen Mehrwert: Sie vereinfacht die Kündigung von Staatsangestellten nicht, sondern beseitigt im Gegenteil die Rechtssicherheit. Die in der Bundesverfassung festgeschriebenen Grundsätze öffentlich-rechtlichen Handelns, welche auch für das Kündigungsverfahren von Staatsangestellten zwingend gelten, können nicht durch das Obligationenrecht übersteuert werden. Während das heutige Personalgesetz jedoch klar festlegt, unter welchen Bedingungen Kündigungen rechtens sind, müsste nach Annahme der Initiative jede Kündigung juristisch auf ihre Rechtsgültigkeit überprüft werden.

Kündigungen auch heute schon möglich und üblich

2016 wurde fast 250 Staatsangestellten von Seiten des Kantons her gekündigt. Staatsangestellte sind also auch heute mitnichten «faktisch unkündbar», wie es uns gewisse Landräte weismachen wollen. Die Liste der möglichen Kündigungsgründe ist schon sehr umfassend:

- längerfristige oder andauernde Arbeitsunfähigkeit
- Wegfall der Arbeitsstelle
- Ablehnung einer gleichwertigen anderen Arbeitsstelle
- Unmöglichkeit der Weiterbeschäftigung aus organisatorischen Gründen
- andauernde oder wiederholte Mängel in Leistung oder Verhalten
- Verletzung wichtiger vertraglicher oder gesetzlicher Verpflichtungen
- Begehen einer Straftat, die mit der Aufgabenerfüllung nach Treu und Glauben nicht erfüllbar ist

**Wir fördern Ihre Kinder -
Lassen Sie uns nicht sitzen!**



NEIN zu

**willkürlichen
Kündigungen !**

24. September



**NEIN zur Initiative
„Für einen effizienten
und flexiblen Staatsapparat“ !**

vpod region basel

lvb

PPBL

VSG

Ab 1.1.2018 wird diese Liste jedoch nicht mehr abschliessend sein. Jeder in Schwere und Gehalt vergleichbare Sachverhalt wird dann als Kündigungsgrund gelten.

Selbst rechtswidrige Kündigungen führen in der Regel nicht zu einer Wiederanstellung, sondern zu einer Entschädigung von maximal drei Monatslöhnen.

Warum ein fehlender Kündigungsschutz für Staatsangestellte schädlich wäre

Staatsangestellte müssen nach bestem Wissen und Gewissen dafür sorgen, dass bei der Umsetzung des geltenden Rechts alle gleich behandelt und Rechtsumgehungen verhindert werden. Sie treffen Entscheide, die im Einzelfall unangenehm sein können, und zwar auch für Bürgerinnen und Bürger, die mit ihren Steuern die Löhne der Staatsangestellten zahlen.

Der Service Public, der von den Staatsangestellten erbracht wird, ist nicht dasselbe wie die Dienstleistungen, die man bei privaten Unternehmen einkaufen kann. Weil Gesetze, Dekrete, Verordnungen und andere staatliche Reglemente für alle gleich gelten sollen, müssen diejenigen, die sie durchzusetzen haben, vor Druckversuchen geschützt werden. Weder mit Geld noch mit Einfluss soll man sich beim Staat eine bevorzugte Behandlung herausholen können. Dem Schutz vor willkürlichen Kündigungen von Staatsangestellten kommt darum eine besondere Bedeutung zu. Das ist der Grund, warum wir die Initiative mit dem Slogan «Nein zu willkürlichen Kündigungen!» bekämpfen.

Verhöhnung des Staatspersonals

Wenn die Initianten im Abstimmungsbüchlein behaupten, ein verschärftes Kündigungsrecht sei ein Vertrauensbeweis für die Staatsangestellten, kann man das nur als Hohn bezeichnen. Es ist schwer vorstellbar, dass auch nur ein einziger Staatsangestellter in dieser Initiative einen Vertrauensbeweis für das Staatspersonal erkennen kann.

Es geht um das Bild der Staatsangestellten in der Öffentlichkeit

In Wahrheit geht es bei der Initiative um ein Plebisit über das Bild der Staatsangestellten in der Öffentlichkeit. Werden diese mehrheitlich als gewissenhafte Angestellte im Dienst der Bevölkerung wahrgenommen, die tagtäglich auch in Kauf nehmen müssen, sich unbeliebt zu machen? Oder sieht die Bevölkerung in den Staatsangestellten mehrheitlich faule, abgesicherte Sesselkleber, die viel kosten, aber kaum einen Gegenwert erbringen?

Bei einer Annahme der Initiative droht dem Staatspersonal Rechtsunsicherheit, Willkür und weiteres «Beamtenbashing», was wiederum die Attraktivität der Arbeit als Kantonsangestellte, notabene mit meist tieferen Löhnen als in der Privatwirtschaft, schmälern wird. Der Kanton läuft somit zudem Gefahr, gute PolizistInnen, LehrerInnen, SachbearbeiterInnen, usw. zu verlieren. Das, und nicht ein vereinfachtes Kündigungsrecht, droht dem Kanton bei einer Annahme der Initiative tatsächlich.

11. August 2017

Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland LVB
Personalverband Polizei Basel-Landschaft PVPBL
Verband des Staats- und Gemeindepersonals VSG
vpod Region Basel

Stundentafel Sek I:

LVB setzt sich intensiv für eine bessere und einvernehmliche Lösung ein

Am 22. Juni hat der Bildungsrat zwei Medienmitteilungen veröffentlicht, von denen sich eine auf die Einführung des zukünftigen Lehrplans, die andere auf die zukünftige Stundentafel der Sekundarschulen bezieht.

Die LVB-Geschäftsleitung hat zu beiden Themen im Zeitraum von Februar bis März 2017 eine Befragung der betroffenen Lehrkräfte durchgeführt:

- Bezuglich Lehrplänen hatte der Bildungsrat zwei Optionen zur Auswahl gestellt:
 - a) Einführung ab 2018/19 auf der Basis eines noch nicht vollständig ausgearbeiteten Lehrplans, der unter Berücksichtigung der ersten Erfahrungen in den darauffolgenden drei Schuljahren komplettiert wird;
 - b) die Einführung eines definitiven Lehrplans ab 2020/21.
- Eine Mehrheit der Teilnehmenden an der LVB-Befragung sprach sich für die zweite Variante aus, der Bildungsrat hat sich dann jedoch anders entschieden.
- Bezuglich Stundentafeln stand ebenfalls eine Einführung entweder ab 2018/19 oder ab 2020/21 zur Diskussion. Da eine Einführung erst ab 2020/21 eine Verlängerung der Übergangsstundentafel mit ihrem Lektionendeputat von 40 Lehrpersonenlektionen pro Woche und Klasse bedeutet hätte, die definitive Stundentafel dagegen auf einem Lektionendeputat von 42 Lektionen beruht, hätte die Verlängerung der Übergangsstundentafel zu einem weiteren Abbau von Stellen geführt, was der LVB angesichts der ohnehin prekären Stellensituation auf der Sek I nicht hätte (mit-)verantworten wollen. Eine (allerdings nur knappe) Mehrheit der an unserer Befragung Teilnehmenden sprach sich ebenfalls für den früheren Einführungszeitpunkt aus.

Die Kritik an der Ausgestaltung der neuen Stundentafel war jedoch schon bei dieser Befragung gross und konzentrierte sich auf drei Punkte:

- Es wurde mehrheitlich als falsch angesehen, die Naturwissenschaften Biologie, Chemie und Physik über drei Jahre hinweg mit je einer Wochenlektion zu dotieren, eine Konzentration auf einzelne Schuljahre mit entsprechend höherer Dotation pro Woche wurde favorisiert.
- Die Dotation der Fächer Geschichte und Geografie mit je 1.5 Wochenlektionen pro Schuljahr wurde als zu gering angesehen.
- Die Entscheidung, für die Niveaus A, E und P identische Stundentafeln zu beschliessen, fand ebenfalls sehr wenig Zustimmung.

Als der Bildungsrat im Februar dieses Jahres eine Anhörung zur Einführung des Lehrplans und zur Stundentafel durchführte, hat sich der LVB entsprechend geäussert. Auch von den anderen Teilnehmern der Anhörung gab es Kritik an der Stundentafel. So bat beispielsweise auch die AKK den Bildungsrat darum, noch einmal zu prüfen, ob es möglich wäre, eine Lösung zu finden, in der keine Fächer mit weniger als zwei Wochenlektionen dotiert und dafür allenfalls nicht in allen drei Schuljahren der Sek I unterrichtet werden. Die meisten politischen Parteien äusserten ebenfalls Bedenken hinsichtlich eines oder mehrerer der oben genannten Punkte.

Als sich abzeichnete, dass der Bildungsrat dennoch keine Änderungen an der Stundentafel mehr vorzunehmen bereit war, entstand politischer Druck: Pascal Ryf (CVP) brachte im Landrat eine Motion ein, welche verlangt, dass alle Promotionsfächer, welche in einem bestimmten Jahr auf der Sek I unterrichtet werden, eine Dotation von mindestens zwei Wochenlektionen erhalten sollen. Das Komitee «Starke Schule beider Basel» lancierte seinerseits eine Volksinitiative, welche explizit verlangt, dass die Fächer Biologie, Chemie, Physik, Geschichte und Geografie in jedem Jahr, in welchem sie an der Sekundarschule I unterrichtet werden, mit mindestens zwei Wochenlektionen dotiert werden.

In der vom LVB als Folge der politischen Entwicklungen zwischen dem 6. und 13. Juni 2017 durchgeföhrten erneuten Befragung der Lehrpersonen der Sek I sprachen sich 82.6% der 190 teilnehmenden Lehrkräfte dafür aus, die Stundentafel im Sinne der Motion Ryf noch einmal zu überarbeiten, lediglich 11.1% waren dagegen (6.3% enthielten sich).

Wie der Bildungsrat in seiner zweiten Medienmitteilung vom 22. Juni 2017 mitteilt, lädt er als Reaktion auf die Vorstösse und Diskussionen des Landrats die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission des Landrats (BKSK) zu einer Aussprache ein.

Der LVB hofft weiterhin, dass es gelingt, mit Hilfe dieser Aussprache zu einer Lösung zu gelangen, welche die von Pascal Ryf eingereichte Motion sowie die Initiative des Komitees «Starke Schule Baselland» unnötig macht, und hat sich während der Sommerferien entsprechend intensiv engagiert. Sollte keine Einigung gefunden werden, befürchtet der LVB einerseits einen grossen Schaden für die Sekundarschulen, deren definitive Stundentafel für die nächsten Jahre vorderhand erneut ungewiss bliebe (die Initiative des Komitees «Starke Schule beider Basel» wurde bereits am 8. August mit über 2800 Unterschriften eingereicht), und andererseits auch einen Vertrauensverlust gegenüber dem Bildungsrat, dessen Fortbestand ihm ein grosses Anliegen ist.

NEIN

zur Änderung des Bildungsgesetzes betreffend Streichung der pauschalen Beiträge zum Besuch von Privatschulen am 24. September 2017!

Es mag erstaunen, dass der LVB, der die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen Schulen sowie an privaten Schulen mit öffentlichem Auftrag vertritt, sich gegen die Streichung der Beiträge an Privatschulen ausspricht. Wir könnten uns auf den Standpunkt stellen, dass jeder Bildungsfranken, der nicht an die Privatschulen geht, den öffentlichen Schulen zugutekomme. Doch so einfach ist es nicht. Denn den 2500 Fr., die der Kanton pro Schulkind jährlich an den Besuch einer Privatschule zahlt, stehen 16'747 Fr. gegenüber, welche ein Kind kostet, welches anstelle einer Privatschule die öffentliche Schule besucht (die Zahl gilt für Primarschüler im Jahr 2014 gemäss kantonalem Bildungsbericht).

Würden von 100 Eltern, die ein Kind haben, welches heute eine private Schule besucht, nur 15 aufgrund der Streichung des Beitrags von 2500 Fr. sich dafür entscheiden, ihr Kind neu an die öffentliche Schule zu schicken, stünden einem Spareffekt von $100 \times 2500 \text{ Fr.} = 250'000 \text{ Fr.}$ bereits $15 \times 16'747 \text{ Fr.} = 251'205 \text{ Fr.}$ an Mehrkosten gegenüber. Wenn also nur 15% der Eltern aufgrund der Streichung dieser Beiträge ihre Kinder statt an eine Privatschule in die öffentliche Schule schicken würden, würden die Mehrkosten bereits die Einsparungen überwiegen. Dieser Anteil dürfte keineswegs zu hoch gegriffen sein, wenn man bedenkt, dass die Streichung der Beiträge auch zu Schliessungen privater Schulen führen kann.

Die Streichung der Beiträge an den Besuch von Privatschulen entlastet somit die Steuerzahlenden keineswegs (im Gegenteil!), wohl aber die Kantonsfinanzen. Von den 9 Schuljahren der Volksschule (ohne Kindergarten) werden nämlich 6 von den Gemeinden und nur 3 vom Kanton bezahlt. Der Kanton spart also bei jedem Primarschüler, der von einer privaten an eine öffentliche Schule wechselt, tatsächlich 2500 Fr., während die betroffene Gemeinde Mehrkosten von rund 17'000 Fr. zu bewältigen hat. Dies nützt den Steuerzahlenden allerdings überhaupt nichts! Einmal mehr versucht der Kanton, sich auf Kosten der Gemeinden zu sanieren.

Steigende Schülerzahlen führen schon jetzt zu grossen Mehrkosten im Bildungsbudget der Gemeinden. Die von der Regierung geplante «Sparmassnahme» würde dieses Problem noch verschärfen. Darunter leiden nicht zuletzt auch die öffentlichen Primarschulen. Aus diesem Grund engagiert sich auch der LVB gegen die Streichung der Beiträge an die Privatschulen.

Englischlehrmittel «New World»: LVB wurde im Verbund mit drei weiteren Lehrerverbänden beim «Klett und Balmer Verlag» vorstellig

Am 24. Mai 2017 traf sich eine Delegation des LVB, unterstützt von Kolleginnen und Kollegen der Lehrpersonenverbände LSO (Solothurn), LEGR (Graubünden) und Bildung Bern, mit Verantwortlichen des Verlags «Klett und Balmer», um die überkantonal wahrgenommenen Problemfelder des Lehrmittels zu thematisieren und auf dementsprechende Verbesserungen zu drängen.

Robert Fuchs, Leiter Lehrmittelentwicklung bei «Klett und Balmer», schrieb uns am 8. Juni 2017 in Bezugnahme auf des vorangegangene Treffen den folgenden Brief:

Baar, 8. Juni 2017

New World 3-5 – Optimierung des Lehrmittels

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 8. Mai 2017 mit den Rückmeldungen und Anliegen zu New World 3-5 und unser zwischenzeitliches Treffen mit Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen am 24. Mai in Zürich. Für den Gedankenaustausch und die offene und konstruktive Diskussion danke ich Ihnen an dieser Stelle noch einmal herzlich. Wir haben viel Interessantes aus dem Schulfeld erfahren.

Wir schätzen es sehr, dass wir Ihnen unsererseits aufzeigen konnten, welche Standpunkte wir haben und welche Überlegungen wir uns zur Optimierung von New World machen. Dieser Austausch wird uns darin unterstützen, weiterhin zeitgemäße und praxistaugliche Lehrmittel zu entwickeln.

Gerne halte ich die Ergebnisse unseres Treffens fest:

Zusätzliches Übungsmaterial

Ihren Wunsch nach zusätzlichem und strukturiertem Übungsmaterial hatten wir bereits vor Ihrem Schreiben aufgenommen. Die Autorin Gaynor Ramsey erarbeitet derzeit in unserem Auftrag für jeden Jahrgangsband von New World 3-5 (G- und E-Version) Broschüren mit Grammatik- und Wortschatzübungen, die eine Repetition und Vertiefung des in den Coursebooks Gelernten bieten. Die Schülerinnen und Schüler sollen selbstständig damit arbeiten können. Die Broschüren werden gestaffelt zwischen Mai 2018 und Dezember 2018 erscheinen.

Vereinfachter Onlinezugang – Login-Pässe

Ab dem 21. Juni 2017 steht die Funktion «Login-Pass» zur Verfügung. Ein Login-Pass ist ein anonymes Login (ohne E-Mail-Adresse) für Schülerinnen und Schüler auf meinklett.ch. Ein Login-Pass besteht aus einem einfachen Benutzernamen und einem einfachen Passwort.

Mit drei Klicks können Lehrpersonen oder IT-Verantwortliche der Schulen, klassenweise für alle Schülerinnen und Schüler, einen Login-Pass erstellen.

Schülerinnen und Schüler, die bereits ein Login auf meinklett.ch haben, nutzen damit ihre Online-Inhalte wie bisher.

Welche Vorteile die Lehrpersonen und Schülerinnen/Schüler geniessen werden und wie einfach das Login sein wird, erfahren Sie unter www.klett.ch/login-pass.

In den kommenden Wochen werden wir die Lehrpersonen intensiv über diese Innovation informieren. Sehr gerne nehmen wir Ihr Angebot an, dass Sie als Verbandsvertretungen uns bei dieser Kommunikation unterstützen und Ihre Kanäle nutzen.

App «Lernen & Unterrichten»

Wie anlässlich unseres Treffens erwähnt, entwickeln wir derzeit die App «Lernen & Unterrichten». Diese App wird unseren Nutzerinnen und Nutzern das Arbeiten mit allen Anwendungen wie interaktive Übungen, Digitale

Ausgaben für Lehrpersonen usw., die derzeit nur im Online-Modus genutzt werden können, auch offline mit Tablets (iOS / Android) ermöglichen. Als Erscheinungstermin dieser App wird das erste Quartal 2018 angestrebt.

Während unserer Diskussion hat sich gezeigt, dass ein Teil von Ihnen unsere Digitalen Ausgaben für Lehrpersonen (DAL) nicht kennen. Diese entsprechen dem Coursebook im Printformat und haben viele praktische Zusatzfunktionen wie Audios direkt abspielen, Lösungen ein- und ausblenden, Details heranzoomen und den Rest ausblenden usw. Die Digitale Ausgabe der Coursebooks G und E von New World 3 ist letzten November erschienen, jene zu New World 4 erscheint im Juli 17 und zu New World 5 im Dezember 17.

Weitere Lernkontrollen

New World bietet bereits ein Set von Lernkontrollen. Sie befinden sich auf der CD-ROM, die zum Teacher's Book gehört. Sie sind als Muster gedacht und sollen exemplarisch aufzeigen, wie der Lernstand kompetenzorientiert ermittelt werden kann. Damit sie bei Bedarf der Lerngruppe angepasst werden können, stehen sie nicht nur als pdf-Dateien, sondern auch in Word-Format zur Verfügung. Es handelt sich dabei nicht um kalibrierte Tests, deren Ergebnisse im Vergleich zu einer Referenzpopulation ausgewertet werden können. Die Aufgabenformate entsprechen jedoch den Regeln, die bei Testentwicklungen eingehalten werden müssen. Sie wurden in Zusammenarbeit mit dem Institut für Bildungsevaluation, Zürich, entwickelt.

Wir planen derzeit nicht, weitere Lernkontrollen anzubieten. Die Aufgabe, jeweils klassen- und schüler angepasste Lernkontrollen zu erarbeiten, erachten wir als eine der Kernkompetenzen der Lehrpersonen selbst. Sie kennen ihren Klassenverband am besten und können entsprechende Anpassungen an den von uns zur Verfügung gestellten Muster-Lernkontrollen vornehmen.

Wortschatz in elektronischer Form / Lösungen zu den Übungen

Die Wortlisten (*Unit Vocabulary*) stehen den Schülerinnen und Schülern – und Lehrpersonen – sowohl im pdf-Format als auch im Word-Format auf der Website des jeweiligen Bandes zur Verfügung. Der *Class Vocabulary* (Lernwortschatz) wurde zudem in die Online-Lernumgebung *Quizlet* eingefüllt, damit die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, das Vokabular interaktiv auf vielfältige Weise zu üben. Die Lösungen zu den Übungen finden sich ebenfalls auf der Website (unter der Rubrik *Coursebook Material*) und sind auch auf den DAL abrufbar (siehe oben).

Wir hoffen gerne, dass wir mit diesem Schreiben Ihre Fragen beantworten und auf Ihre Wünsche eingehen konnten. Natürlich stehen wir Ihnen für weitere Auskünfte jederzeit zur Verfügung und sind interessiert an Ihren Anliegen. Wir danken Ihnen für das Vertrauen in unser Lehrwerk New World.

Ich bin Ihnen verbunden, wenn Sie dieses Schreiben auch Ihren Kolleginnen und Kollegen, die Ihren Brief mitunterzeichnet haben bzw. an unserem Treffen in Zürich dabei waren, zukommen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Robert Fuchs
Klett und Balmer Verlag
Leiter Lehrmittelentwicklung

Pensionskassen: Warum «BaZ»-Journalist Thomas Dähler falsch lag

Am 20. Juni 2017 erschien in der «Basler Zeitung» ein Artikel von Thomas Dähler («Personalverbände wehren sich»). Einmal mehr wurde dort die These vertreten, es sei ungerecht, wenn öffentliche Pensionskassen mit Einsatz von Steuergeldern finanziert würden, weil die Steuerzahler dann zu ihren eigenen Prämien noch diejenigen der Staatsangestellten zahlen müssten. (Fast) alle Bürgerinnen und Bürger sind jedoch Steuerzahler, und sie alle zahlen die Pensionskassenleistungen der Detailhändler über die Produktpreise, diejenigen der Pharmaindustrie über die Krankenkassenprämien und Medikamentenpreise, diejenigen der Banken über Gebühren und Konditionen, diejenigen der Versicherungen über die Prämien usw.

Falsch ist auch die von Herrn Dähler getroffene Aussage, wonach die meisten privaten Pensionskassen ein Beitragsverhältnis von 50%:50% kennen würden. Vielmehr ist insbesondere bei grösseren Unternehmen häufig ein Verhältnis von 67%:33% anzutreffen, der Arbeitgeber zahlt also zwei Drittel statt nur die Hälfte der Prämien. Im Vergleich mit den öffentlichen Pensionskassen der umliegenden Kantone BS, AG und SO ist das Beitragsverhältnis der BLPK übrigens schon jetzt dasjenige mit dem geringsten Arbeitgeberanteil.

Der LVB hat Herrn Dähler darauf aufmerksam gemacht und ihn auch mit Studien und Zahlen verschiedener Pensionskassen beliefert. Herr Dähler hat dies zur Kenntnis genommen und uns zugesichert, die für ihn neuen Erkenntnisse bei zukünftigen Berichterstattungen zu berücksichtigen. Zudem haben wir einen entsprechenden Leserbrief verfasst, der am 21. Juni in der «BaZ» abgedruckt wurde.

Neues Schuljahr, neue Mitarbeitende, neue LVB-Mitglieder!

Neues Schuljahr, neue Mitarbeitende, neue LVB-Mitglieder!

Jedes neu beginnende Schuljahr bringt in der Regel auch neue Gesichter an die einzelnen Schulen. Der LVB ist darauf angewiesen, dass sich seine Mitglieder dafür einsetzen, Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, unserem Berufsverband beizutreten, der im Sinne einer stufenübergreifenden Solidargemeinschaft die Interessen aller Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer vertritt. Die Rechnung ist ganz einfach: **Je mehr Mitglieder wir zählen, desto schlagkräftiger sind wir!**

Es sei einmal mehr in Erinnerung gerufen: **Der LVB ist die einzige Institution im Kanton Baselland, welche sich ausschliesslich den Anliegen der Lehrerschaft widmet.** Ausserdem sind die LVB-Amtsträger (Geschäftsleitung und Kantonalvorstand) weiterhin aktiv als Lehrpersonen im Einsatz, sodass die Gefahr einer Abgehobenheit vom Berufsalltag gar nicht erst entstehen kann.

Wir bitten Sie deshalb, **auch an Ihrer Schule neue LVB-Mitglieder anzuwerben!**
Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Das Schwarze Brett

«JEDE ZELLE ZÄHLT – SOLARENERGIE MACHT SCHULE» (JZZ)

JZZ ist ein Bildungsprojekt für Sekundarschulen und macht die Themen Energie, Klima und Umwelt für die Schülerinnen und Schüler erlebbar. Als Praxisbeispiel realisiert die Schule jeweils eine Solaranlage auf dem Schulhausdach. Aktuell sind es 15 Schulen, die bereits ein eigenes JZZ-Projekt verfolgen, und es werden laufend mehr. Auch die Lokalmedien berichten jeweils ausführlich über Aktionstage wie Black Out Day (Schule ohne Strom) oder Baustellentag (Schüler bauen Solaranlage).



Weitere Information finden sich im Artikel «Eins aufs Dach – mit dem Energiebildungsprojektprojekt JZZ» im Magazin des Zürcher Lehrerverbands ZLV:
http://jzz.ch/wp-content/uploads/2016/07/ZLV-Magazin_April-2016_Eins-auf-Dach-mit-dem-Solarbildungsprojekt-JZZ.pdf



WEITERBILDUNGSTAG FÜR ENGLISCHLEHRKRÄFTE

ETAS Professional Development Day 2017

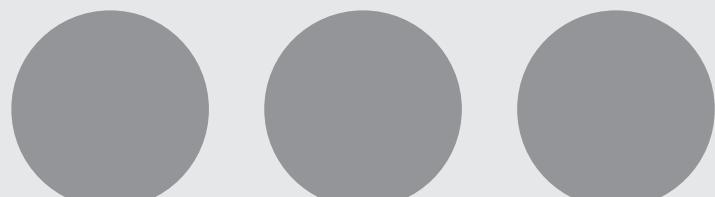
Ort: Gymnasium Biel-Seeland

Zeit: Samstag, 23. September 2017

An diesem Weiterbildungstag für Englischlehrkräfte aller Stufen können die Teilnehmer aus 35 Workshops auswählen.

Plenarvortrag: Professor John de Jong über die Entstehung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER). De Jong war massgeblich beteiligt an der Entwicklung des GER und zeigt nun Wege auf, wie der Referenzrahmen verfeinert und besser auf die Bedürfnisse der Lernenden ausgerichtet werden kann.

Mehr Infos zur Weiterbildungs-Tagung unter www.e-tas.ch



Check-Slam-Poetry

Vorbemerkung: Diese Rede wurde unlängst anlässlich einer Verabschiedungsfeier gehalten. Nur schon aus Unterhaltungszwecken sträubte sich ihr Verfasser nicht gegen ironisierende Überzeichnungen, was jedoch nicht den Eindruck erwecken soll, die Wunden, in welche der Finger gelegt wird, seien unreal.

Meine lieben Pädagoginnen und Pädagogen

Bei der Durchsicht der Einladung habe ich festgestellt, dass viele ehemalige Lehrpersonen dabei sind und ich habe mich gefragt, ob diese in Ehren ergrauten Schulmeister/-innen sich *wirklich* noch vorstellen können, was heutzutage an der Sekundarstufe I abgeht. Ich denke nicht, denn die Lage ist ernst.

Die Sekundarstufe I ist im Moment die pädagogische Baustelle. Da viele von euch mittlerweile Grosseltern sind und sich als ehemalige Experten auch zu den neusten Trends immer wieder äussern müssen, ist es meine Pflicht, euch auf den neusten Stand zu bringen.

Es geht darum, dass neuerdings alle Kinder mit Checks erfasst und eingestuft werden. «Checks» spricht man sinnigerweise mit einem harten X am Schluss aus, so wie «Sex». Es war denn auch wenig verwunderlich, dass beim Vorstellen dieser Checks bei einigen beteiligten Verantwortlichen die Erregung gross war. Ob die Befriedigung sich mittlerweile schon eingestellt hat, ist schwierig abzuschätzen.

Für diejenigen unter euch, die so wie ich das Atomkraftwerk Kaiseraugst verhindert haben, mag es von Interesse sein, dass bei diesen Checks von Anfang an grundlegende Fragen unerwünscht waren: Das Tastaturschreiben wird als Fach abgeschafft, aber alles läuft über Computer? Kein Problem! Da störst du nur, wenn du so etwas fragst. Interessanterweise ist es auch nicht weiter von Bedeutung, dass in der ersten Checkausgabe Stoff getestet wurde, der erst in den nächsten Jahren vermittelt werden wird. Zu meiner grossen Genugtuung wurde genau zu der Zeit die Schweiz bei der OECD vorstellig. Das Medium Computer habe bei den PISA-Tests die Resultate verfälscht.

Aber systemimmanente Probleme interessieren nicht. Zu geil ist die heranbrausende Neuzeit, denn Checks sind *adaptiv*. Dieses Wort, meine lieben Pensionierten, müsst ihr euch rot anstreichen. Es eignet sich hervorragend als Un-

wort des Jahres (im Rennen sind auch noch «einpflegen», «Themenspeicher» und «Resonanzgruppe»), denn genauso wenig, wie die Checks den behandelten Stoff testen, passen sich die Checks den einzelnen Schülern an.

Natürlich wird das Ganze gemildert durch die Tatsache, dass von Schülerseite vor allem Kreuzchen am richtigen Ort gewünscht werden. Also habe ich meine Sek-A-Schüler durchnummieriert. Nummer 1 kreuzte Feld eins an, Nummer 2 Feld zwei, Nummer 3 Feld drei. Damit hatten wir eine Erfolgsquote von 33.3 periodisch %, die deutlich über dem kantonalen Durchschnitt für die Sek A lag.

Doch die Situation ist ernst, *chers compatriotes*, Frauen und Männer. Das Problem ist nicht das, was *ist*. Das Problem zeigt sich an dem, was *nicht ist*. Ich möchte euch das an einem konkreten Beispiel betreffend Französisch zeigen:

On ne vous voit pas souvent chez les commerçants du quartier.

- a. Geht es um eine Windrichtung (souvent > sous vent)?
- b. Geht es um Einkäufe?
- c. Geht es um den Quartierhund (voit > wua, wua du quartier)?

Wie ihr feststellt, mussten unsere 8.-Klässler nur b. ankreuzen und die Sache war erledigt. Und genau hier liegt der Quartierhund begraben.

Nehmen wir einmal an, Diogenes bekäme diesen Satz vorgesetzt. Als philosophisch ausgerichtete Persönlichkeit denkt er ausgiebig darüber nach, ob es ein übergeordnetes Volksempfinden gegenüber der Tatsache gibt, dass gewisse Leute vor seinem Fass nicht erscheinen.

Bei Freud hat dieses «on ne vous voit pas» zu seinen Beobachtungen über das alles kontrollierende Über-Ich geführt. Dieses Über-Ich ist nicht nur Kontroll-Instanz der Emotionen, sondern wacht im Extremfall sogar darüber, ob jemand seine Sommerreifen im Elsass montieren lässt.

Der Philosoph Hegel merkt an, dass das «on = man» weder dem «So-Sein» noch dem «Für-sich-etwas-Sein» zugeordnet werden kann, aber, da existent, allenfalls ins «Über-dem-Individuum-Sein» eingeordnet werden muss.

Bei den Nationalsozialisten geht es um die Volksseele als Kontrollorgan. Das Individuum muss zugunsten der höheren Staatsziele zurückstecken. Es ist eigentlich gar nicht als

eigenständiges Wesen, sondern nur als Funktion vorgesehen, und im Übrigen soll auf keinen Fall in einem Judenquartier eingekauft werden.

Ihr seht also, Welch geringe Flughöhe ein heutiger Check so hat. Am schlimmsten ist, was uns als möglicher Bildungsgehalt entgeht, seitdem wir nur noch mit der Maus Kreuzchen machen müssen.

Wenn man als vierte Antwortmöglichkeit alleine einfach nur Pünktchen gemacht hätte, könnte man das nicht franzophone Sprachgenie herausfiltern. Wodurch zeichnet sich der kreative Manager der Zukunft aus? Durch eigenwilliges, sprachplastisches Vorgehen zum Beispiel!

Gehen wir zum Ursprungssatz zurück und machen die Probe:

on = Mond (zwei Buchstaben stimmen)
ne pas = Verneinung (das Einzige, was man wirklich erwarten kann)
voit = wua, wua = Hund
souvent = Sauwind
commerçant du quartier = Lädeli

Ergo: «Dr Hund vor em Quartierlädeli bällt nid bi däm Sauwind!»

Ihr versteht jetzt sicher, warum ich mit Sorge auf die Ausbildung meiner Enkel blicke. Und euch würde ich angesichts dieser Misere ein bisschen mehr Altersradikalität auch empfehlen.

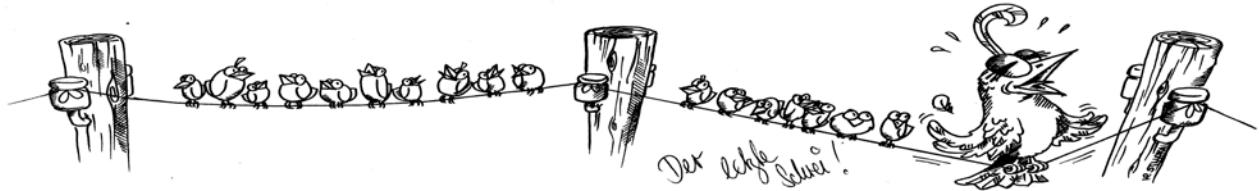
Bernhard Guntern, Lehrer, Bärschwil

Strichwörtlich

Von Michèle Heller







52

Geheimkabinett EDK? Wie die Schweizer Bildungspolitik gemacht wird

Von Roger von Wartburg



Ort des Geschehens: Solothurner Kantonsrat
Datum: 31. August 2016
Thema: Interpellation 0088/2016: Geheimkabinett EDK
Quelle: https://www.so.ch/fileadmin/internet/pd/pdf/protokolle/2016/2016_Session_V_Sitzung_12.pdf

In den Haupt- und Nebenrollen:

Peter Brotschi, CVP Primarlehrer und Journalist, Erstunterzeichner der Interpellation	Daniel Urech, Grüne Rechtsanwalt und Notar	Mathias Stricker, SP Primarlehrer
Remo Ankli, FDP Bildungsdirektor Kanton Solothurn, Theologe und Historiker	Urs Ackermann, CVP Chemiker	Roberto Conti, SVP Kantonsschullehrer
	Karin Büttler, FDP Krankenschwester und Familienfrau	

Wortlaut der Interpellation vom 18. Mai 2016 und schriftliche Stellungnahme des Regierungsrats vom 16. August 2016:

1. Interpellationstext.

In der politischen Landschaft der Schweiz haben sich seit vielen Jahrzehnten die sogenannten Direktoren-Konferenzen etabliert. Innerhalb dieser Konferenzen nahm die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) in den letzten Jahren zunehmend eine herausragende Rolle ein. [...] Es muss allerdings klar festgehalten werden, dass die EDK in keiner Verfassung verankert ist. Ihre Mitglieder sind zwar vom jeweiligen Souverän gewählt und in den einzelnen Kantonen ihrem Parlament Rechenschaft schuldig. Aber in ihrer Gesamtheit, als «Gremium EDK», sind die Bildungsdirektorinnen und -direktoren keiner demokratischen Kontrolle unterzogen. Die Konferenz ist weder gegen «oben» (Eidg. Parlament) noch gegen «unten» (kantonale Parlamente) zu irgendwelcher Rechenschaft verpflichtet. [...]

Auf der Gegenseite sind aber die Protokolle von niemandem einsehbar, obwohl die Konferenz in den Bildungsfragen sehr mächtig geworden ist. Nicht selten hört man [...] in den kantonalen Parlamenten das Argument, dass man [...] keine grosse Wahl mehr habe zu einer Vorlage, da sie im Grundsatz von der EDK gutgeheissen worden war. Diesbezüglich prominentes Beispiel ist der Beschluss der EDK zu den Frühfremdsprachen aus dem Jahr 2004.

Der Erstunterzeichner dieser Interpellation gelangte per Mail an das Generalsekretariat der EDK mit der Bitte, ihm den Protokollauszug jener Sitzung der D-EDK zuzustellen, als sie den Lehrplan 21 genehmigte. Der Geschäftsleiter der EDK verweigerte dies mit dem Hinweis, dass weder die Verhandlungen noch die Protokolle öffentlich seien. [...] Der Interpellant

wurde darauf verwiesen, dass er sich mit den im Internet publizierten Medienmitteilungen der EDK begnügen müsse. Da bleibt die Feststellung, dass die EDK richtiggehend ein Geheimkabinett ist.

Der Lehrplan 21 ist nur einer von vielen Beschlüssen, bei denen wegen fehlender Einsicht in die Protokolle keine Rückverfolgung der politischen Diskussionen möglich ist. [...] Aber auch ganz generell [...] sollten die politischen Diskussionen in der EDK viel transparenter werden. In den Medienmitteilungen wird nur kommuniziert, was die EDK beschlossen hatte. Von grossem demokratischem Interesse ist aber, wie ein Beschluss zustande gekommen ist. [...]

Deshalb gelange ich mit der höflichen Bitte an den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. **Wie bewertet der Regierungsrat die Tatsache, dass die Protokolle der EDK für die Kantonsparlamente nicht einsehbar sind?**
2. **Ist der Regierungsrat bereit, die Protokolle der EDK im Zusammenhang mit der Erarbeitung und Genehmigung des Lehrplans 21 zumindest der Bildungs- und Kulturkommission vorzulegen?**
3. **Ist der Regierungsrat bereit, sich in der Plenarversammlung als oberstes Gremium der EDK dafür einzusetzen, dass die Protokolle der EDK künftig von den Bildungskommissionen der kantonalen Parlamente eingesehen werden können?**

[...]

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Vorbemerkungen

Die Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) ist Teil des Netzwerks der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdi-

rektoren (EDK). Beides sind Regierungskonferenzen, also Koordinationsgremien der Vorstehenden der jeweiligen (Fach-) Departemente der Kantone. [...] Die Information der Mitglieder der kantonalen Parlamente über diese Gremienarbeit ist Sache

dieser Regierungsrättinnen und Regierungsräte und richtet sich nach ihrem jeweiligen kantonalen Recht. [...]

Der Interpellant moniert, dass durch die nichtöffentlichen Sitzungen und entsprechend nichtöffentlichen Pro-

tokollierungen der D-EDK und der EDK «keine Rückverfolgung der politischen Diskussionen» möglich sei. Dem ist nicht so. Gegenstände der politischen Diskussion, insbesondere auch die politisch strittigen Punkte zum Lehrplan 21, sind auf der Projektwebsite zum Lehrplan 21 vollständig dokumentiert (vgl. www.lehrplan.ch/Entstehung/Erarbeitung). [...]

Der Interpellant wurde nicht einfach mit einer Medienmitteilung vertröstet, wie man beim schnellen Durchlesen des Interpellationstextes annehmen könnte. [...] Richtig ist, dass der Geschäftsführer der D-EDK den Interpellanten darauf hinwies, dass die Verhandlungen und die Protokolle der Plenarkonferenz der D-EDK als Regierungskonferenz nicht öffentlich seien. In Bezug auf das Öffentlichkeitsprinzip der D-EDK erlauben wir uns den Hinweis, dass die D-EDK ihren Sitz in Luzern hat und deshalb das kantonal-luzernische Recht anwendet. Da der Kantonsrat des Kantons Luzern 2015 die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips abgelehnt hat, unterliegen Protokolle nicht öffentlich tagender Regierungskonferenzen weiterhin dem Amtsgeheimnis und sind nicht öffentlich.

3.2 Zu den Fragen

3.2.1 Zu Frage 1: [...]

Wir bewerten das auch für die EDK als korrekt [...]. Die Wortprotokolle der Gremiensitzungen der EDK sind tatsächlich nicht öffentlich. Die EDK ist eine Regierungskonferenz und keine parlamentarische Sitzung. Sowohl die Sitzungen des Vorstandes der EDK als auch diejenigen der Plenarversammlung sind deshalb gemäss dem anwendbaren kantonalbernischen Informationsgesetz nicht öffentlich (der Kanton BE ist der Sitzkanton der EDK). [...]

3.2.2 Zu Frage 2: [...]

Nein. Ganz abgesehen von der Problematik, dass damit auch die Stellungnahmen der Regierungsräte anderer Kantone im Kanton Solothurn eingesehen werden könnten, ist es nicht der Kanton Solothurn, der die Regeln der EDK bestimmt. [...]

3.2.3 Zu Frage 3: [...]

Nein. [...] Die wichtigen Grundsätze von Transparenz und Öffentlichkeit sind nicht absolut zu setzen. Es gibt sachgerechte Gründe, die dafür sprechen, dass die Entscheidungsprozesse von Regierungsstellen nicht öffentlich sind. [...] Solche Gründe für ein «Sitzungsgeheimnis» können insbesondere sein: Das Kollegialitätsprinzip. [...] Die Vertraulichkeit der Willensbildung. [...]

[...]

Urs Ackermann (CVP)

[...] Wir danken dem Regierungsrat für die ausführliche und nachvollziehbare Beantwortung der Fragen.

Daniel Urech (Grüne)

[...] In Bezug auf die Kommissionsöffentlichkeit von solchen Protokollen scheint mir die Antwort des Regierungsrats unvollständig. [...] Der Respekt der Mitwirkungsmöglichkeiten des Parlaments hätte zumindest eine Auseinandersetzung mit dem Informationsrecht erfordert, wenn explizit danach gefragt wird. [...] Die grundsätzliche Sorge, dass wir uns bemühen müssen, mit den Direktorenkonferenzen und mit den Konkordaten nicht eine selbständige, vierte Staatsebene zwischen Gemeinden und Kantonen und Kantonen und Bund zu schaffen, ist durchaus eine Gefahr [...]. Wir als Parlament müssen uns aus staatspolitischer Sicht überlegen, wie wir unsere Beteiligungs- und Informationsrechte wahrnehmen, so dass wir mehr machen können, als am Schluss nur Ja oder Nein zu sagen. [...] Gleichzeitig erwarten wir Grünen auch vom Regierungsrat, dass er die umfassenden Informationspflichten [...] ernsthaft wahrnimmt.

Karin Büttler (FDP)

[...] Die FDP.Die Liberalen-Fraktion findet es sehr wichtig, dass unser Regierungsrat Teil der kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz ist. [...] Die FDP.Die Liberalen-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Antwort auf eine Interpellation, ohne deren Einreichen man Kosten hätte sparen können.

Mathias Stricker (SP)

Die SP-Fraktion ist mit den guten Antworten des Regierungsrats zufrieden. [...] Ich bin über das Misstrauen des Interpellanten in die eigene, bürgerliche Politik sehr erstaunt. Bereits in der Junisession 2014 [...] habe ich festgehalten, dass die Deutsch-EDK politisch breit abgestützt ist. Aktuell sind von den 21 Vertretern sechs von der SVP, fünf von CVP/CSP, fünf von der FDP/LDP, einer von der SP, einer von den Grünen und zwei Unabhängige. Also ist die Deutsch-EDK ein klar bürgerlich dominiertes Gremium. [...] Ich stelle mit einem Schmunzeln fest, dass es mit dem Vertrauen in die eigenen, gewählten Personen anscheinend nicht immer so gut bestellt ist. [...]

Roberto Conti (SVP)

[...] Die Aussage, dass die D-EDK ihren Sitz in Luzern und die E-EDK in Bern haben und deshalb das luzernische und das bernische Recht angewendet werden, ist ein Witz. Die D-EDK ist allen 21 Deutschschweizer Kantonen Rechenschaft schuldig. Hier gibt es verschiedene Rechtsgrundlagen rund um das Öffentlichkeitsprinzip. Sich hinter dem Recht des Sitzkantons zu verstecken, zeigt, wie klein das Interesse an einer echten Transparenz und gemeinsamen Entscheidungen ist. [...]

Remo Ankli (FDP)

[...] Die EDK scheint eine geheimnisumwitterte Organisation zu scheint, wie man einigen Voten entnehmen kann. Was ist die EDK denn wirklich? Sie koordiniert die Bildung in der Schweiz. Die Harmonisierung und die Durchlässigkeit unserer Bildungssysteme sind Ziele der EDK. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Gleichzeitig und als Mittel dazu handelt sie zwölf interkantonale Vereinbarungen und vollzieht diese. Als Beispiel nenne ich das Hochschulkonkordat, welches ein grosses Finanzvolumen hat, die Diplomanerkennungsvereinbarung oder das HarmoS-Konkordat.

Das sind Aufgaben, die auf nationaler Ebene erledigt werden müssen. Wenn das die EDK, also die Kantone, nicht selber macht, muss es gezwungenermassen eine Bundesbehörde machen.

Wir haben kein Bildungsministerium auf Bundesebene. Das ist für mich auch keine Option, denn ich bin überzeugt, dass dies keine günstigere Lösung wäre als das, was die EDK jetzt macht. [...]

Bezüglich des Auskunftsrechts ist mir klar, dass man Interesse an Informationen hat, was auf nationaler Ebene geschieht. Selbstverständlich geben wir in der Bildungs- und Kulturkommission mündlich Auskunft. Wenn es um Protokollauszüge geht, kollidieren die Interessen einer interkantonalen Konferenz, die die Beschlüsse freigeben müsste und unserer Rechtslage. [...]

[...]

Peter Brotschi (CVP)

[...] Die Antwort des Regierungsrats oder des Mitverfassers ist aus meiner Sicht eine Standardantwort, die ich ehrlicherweise auch so erwartet habe. Man ist nicht bereit, tatsächlich über eine demokratisch legitimierte Kontrolle zu den Abläufen der EDK nachzudenken. [...] Meine Angst ist, dass

die Verwaltung – und hinter der EDK steht eine Bildungsverwaltung mit Experten und Expertinnen [...] – einen direkten Einfluss hat: sozusagen vom Expertenpult direkt zum Lehrer- und Schülerpult. Es wäre wünschenswert, wenn mehr Transparenz vorhanden wäre.

Es geht nicht darum, auf der Homepage Medienmitteilungen und Beschlüsse anklicken zu können, sondern darum, in welcher Art und in welcher Tiefe die Regierungsräte die Vorlagen, die ihnen unterbreitet werden, jeweils diskutieren. Hier stellt sich auch die Frage, wer die Idee zum Lehrplan 21, so wie er heute ist, hatte. Vom HarmoS-Konkordat wird er ja nicht so detailliert vorgeschrrieben. Kam der Input zum Lehrplan von den Regierungsräten oder wurde er ihnen von der Verwaltung so vorgelegt und von den Regierungsräten zur Ausarbeitung abgesegnet? Solche Fragen interessieren mich als kantonalen Parlamentarier.

Die EDK steht [...] immer, wenn sich die Mitglieder treffen, unter Zeit-

druck. Kann man sich da vertieft mit solchen Vorlagen auseinandersetzen und sie gegebenenfalls auch zurückweisen? Wurde eine Vorlage von der EDK einmal verabschiedet, haben wir das hier fast immer 1:1 übernommen. Es wurde stets gesagt, dass die EDK das so verabschiedet habe und wir uns nun nicht davon distanzieren und ausscheren können. Deswegen hat sie ein höheres Gewicht, als dass sie einfach nur eine Empfehlung abgeben würde. [...]

Mir bleibt das ungute Gefühl, dass die vollzeitlichen Beamten der EDK einen direkten, grossen Einfluss auf die Bildungspolitik der Schweiz haben, leider ohne parlamentarische Kontrolle. Die Beantwortung des Regierungsrats konnte mir das ungute Gefühl nicht nehmen. [...] Der Interpellant ist nicht befriedigt.

Kontakte

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
4133 Pratteln

Kantonalsektion des LCH
Dachverband Lehrerinnen
und Lehrer Schweiz

Website www.lvb.ch
info@lvb.ch

Präsident
Roger von Wartburg
Rebgutstrasse 12
4614 Hägendorf
Tel 079 261 84 63
roger.vonwartburg@lvb.ch

Geschäftsführer & Vizepräsident
Michael Weiss
Sonnenweg 4
4133 Pratteln
Tel 061 973 97 07
michael.weiss@lvb.ch

Aktuariat
Gabriele Zückert
Rheinstrasse 51
4410 Liestal
Tel 061 599 48 51
gabriele.zueckert@lvb.ch

Beratung & Rechtshilfe
Isabella Oser
Brombergstrasse 42
4244 Röschenz
Tel 061 763 00 02
isabella.oser@lvb.ch

Publikationen & Pädagogik
Philipp Loretz
Bürenweg 6
4206 Seewen
Tel 061 911 02 77
philipp.loretz@lvb.ch